

Ukraine

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



Vorbemerkung zum Länderbericht Ukraine

Die derzeitige Lage in der Ukraine ist angesichts des Krieges, welcher sich mit dem Einmarsch des russischen Militärs am 24. Februar 2022 zu einem größeren konventionellen zwischenstaatlichen Krieg ausweitete, sehr unübersichtlich. Aufgrund von Verlusten, Mobilisierungen und Hilfslieferungen von Verbündeten sind insbesondere die Angaben zur Truppenstärke sowie deren Ausstattung unzuverlässig bzw. von kurzer Halbwertszeit. Als zusätzliche, ständig aktualisierte Quellen empfehlen wir daher den Leser:innen den [Ukraine Support Tracker](#) des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und die [Liste der Bundesregierung über Rüstungslieferungen](#) an die Ukraine, welche bis Mitte April 2025 fortlaufend aktualisiert wurde. Bedauerlicherweise wurde diese Berichterstattung durch die Bundesregierung mittlerweile eingestellt.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	3
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	12
Militärausgaben	16
Lokale Rüstungsindustrie	18
Streitkräftestruktur	20
Bewaffnung der Streitkräfte	23
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	29
Polizei und andere Sicherheitskräfte	30

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	32
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	32
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	34
Innere Lage im Empfängerland	37
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	40
Bedrohung von Alliierten	42
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	42
Unerlaubte Wiederausfuhr	44
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	46

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine war viele Jahre gering. Deutschland exportierte in jüngerer Zeit (bis zur russischen Invasion am 24.02.2022) hauptsächlich Jagd- und Sportgewehre in die Ukraine. Militärische Unterstützung erhielt die Ukraine vor Februar 2022 vor allem durch die USA und – in geringerem Umfang – durch die NATO. Die Ukraine selbst war zu diesem Zeitpunkt noch unter den zehn größten Rüstungsexporteurinnen weltweit und führte Waffen und Rüstungsgüter in zahlreiche Staaten aus. Dies änderte sich 2022 drastisch: War das Land zwischen 2017 und 2021 noch auf Platz 72 der weltweiten Waffenimporteure und empfing lediglich 0,1 % der weltweit gehandelten Großwaffen, ist es aktuell auf Platz 1 und erhält 18 % aller weltweiten Großwaffenlieferungen. Wichtigste Lieferanten sind die USA (45 % aller Lieferungen), Deutschland (12 %), Polen (11 %), Großbritannien (4 %) und Frankreich (3 %). Deutschland allein genehmigte 2023 Rüstungsgüter im Wert von 4,37 Mrd. Euro.

Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist weit entwickelt und in der Lage, sowohl See-, Luft-, sowie Landsysteme herzustellen. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf. Obwohl große Teile der Rüstungsindustrie mit Beginn des Krieges systematisch angegriffen und vermeintlich zerstört wurden hat es die Ukraine in den letzten Jahren geschafft ihre rüstungsindustrielle Basis zu bewahren und gar deutlich auszubauen. Das Produktionsvolumen soll von 1 Mrd. US-Dollar vor dem Krieg auf rund 35 Mrd. US-Dollar gewachsen sein. Produziert wird derzeit vor allem eine Vielzahl an unterschiedlichen Munitionstypen, gepanzerte Fahrzeuge und Drohnen. In den vergangenen zwei Jahren werden zunehmend Joint Ventures und andere Kooperationen mit westlichen Rüstungsunternehmen verkündet – die Ukraine könnte sich mittel- bis langfristig gar als Lieferant für europäische Staaten entwickeln.

Ursprünglich sollten die ukrainischen Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 verkleinert werden. Die ukrainische Armee war größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und dem Beginn des Krieges 2022 deutlich. Nach einer Mobilisierung umfassen die Streitkräfte derzeit um die 730.000 aktive Soldat:innen. Mit den aktuellen Lieferungen durch NATO-Staaten änderte sich auch die Ausstattung der Streitkräfte gravierend: So verfügen die ukrainischen Streitkräfte heute auch zu großen Teilen über modernes Gerät und nähern sich NATO-Standards immer weiter an.

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990 stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit dem aktuellen Krieg stieg die Unterstützung des Militärs zunächst stark an. Viele meldeten sich freiwillig, so dass teilweise Rekrut:innen abgewiesen werden mussten. Im dritten Kriegsjahr und

nach hohen Verlusten werden die Streitkräfte jedoch von Mobilisierungsproblemen geplagt. Verschärfte Wehrgesetze belasten die Beziehung zwischen Armee und Zivilist:innen zunehmend. Zudem ist die Unterstützung für den Krieg in der ukrainischen Gesellschaft bis 2025 fast vollständig eingebrochen: Nur noch 24 % der [Befragten](#) stimmen der Aussage zu, die Ukraine solle bis zum Sieg weiterkämpfen – 69 % präferieren hingegen mittlerweile eine Verhandlungslösung. Damit haben sich die Zustimmungswerte im Vergleich zu 2022 nahezu ins Gegenteil verkehrt (73 % zu 22 %).

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind (bspw. Nationalgarde, Grenzschutz und Nationalpolizei mit zusammen rund 260.000 Sicherheitskräften). Insbesondere die Polizei gilt aber nach wie vor als korrupt und ihr werden schwere Verbrechen wie Mord, Folter und Vergewaltigung zur Last gelegt.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügte noch immer über ein Arsenal an Streubomben und hat diese im aktuellen Krieg mit Russland mindestens drei Mal und seit der Lieferung durch die USA auch regelmäßig eingesetzt. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein von April 2014 bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen. Im Sommer 2020 konnte zwar erneut ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kam es weiterhin zu zahlreichen Verletzungen desselben. Die Beziehungen zu Russland waren in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und der anhaltenden Unterstützung Russlands der pro-russischen Separatist:innen in der Ost-Ukraine schwer belastet. Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen als "von Russland besetztes Gebiet". Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 entwickelte sich die Bedrohungslage im Osten des Landes in einen konventionellen Krieg, in dessen Zuge auch die Hauptstadt Kiew zeitweise unter schwerem Beschuss stand. Die SMM musste zum 31. März 2022 daher eingestellt werden.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, stellt jedoch ein großes Problem dar. Auch gilt die

Ukraine als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, darunter an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten.

Hinsichtlich der desaströsen (und zum Teil unklaren) wirtschaftlichen und sozialen Lage wären Investitionen in Rüstung und Waffen als möglicherweise kritisch zu betrachten. Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes sieht jedoch vor, dass eine Abwägung zwischen den legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnissen und der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes vorzunehmen ist. Angesichts der russischen Aggression hat die Ukraine nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen das legitime und unbestrittene Recht zur Selbstverteidigung. Zentral für die Bewertung von Exporten ist darüber hinaus die Finanzierung der Militärhilfen. Bis dato wurde der überwiegende Teil der deutschen militärischen Hilfen über die sogenannte Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung (2023 waren dafür rund 2,2 Milliarden Euro veranschlagt) und die Europäische Friedensfazilität finanziert, oder speiste sich direkt aus Beständen der Bundeswehr. Nur in Ausnahmefällen wurden für die bisher erfolgten Exporten an die Ukraine Arbeitskräfte oder wirtschaftliche Ressourcen der Ukraine aufgewandt

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt- wert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 77,9% Funkgeräte: 12,5%	2,05
2000	Sport- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver: 88,5%	1,56
2001	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 87,1%	1,13
2002	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Waffenzielgeräte: 70,3% Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz) und Munition für Flinten: 21%	1,59
2003	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 84,1% Munition für Jagd- und Sportwaffen, Revolver und Pistolen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen: 10,5%	1,93
2004	Sport- und Jagdgewehre, Waffenzielgeräte für Sport- und Jagdwaffen, inkl. Teile: 87,7%	2,30
2005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51% Geländewagen und Teile für Radfahrzeuge: 22,9% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver und Pistolen: 15,5%	1,96
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 61,2% Geländewagen: 28,3%	3,68
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 66,1% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 17,5%	3,66
2008	Infrarot-Beobachtungssysteme: 69,9% Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen und Teile für Maschinengewehre (Deko), Jagdgewehre, Sportgewehre: 19,9%	14,94
2009	Überwachungssysteme und Teile für Überwachungssysteme: 85,2%	15,68
2010	Pistole, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinte, Ladestreifen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 56,2% Geländewagen mit Sonderschutz: 32,0%	3,57
2011	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, funktionsunfähige Waffen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 50% Geländewagen mit Sonderschutz: 31,9%	3,69

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 58,1% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Pistolen, Revolver, Flinten und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Flintenmunition: 19,8% Geländewagen mit Sonderschutz: 12,3%	4,97
2013	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 61,8% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 31,4%	4,82
2014	Helme, ballistische Schutzwesten und Einschübe für Schutzwesten: 94,1%	25,40
2015	Stromerzeuger für eine Korvette: 79,9% Multisensorplattform zur Seeüberwachung: 16,3%	5,82
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,2% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 15%	2,58
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsbremsen: 47% Atemschutzmasken, Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 43,6%	2,73
2018	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten: 63,7% Container: 20,8%	2,11
2019	Jagdgewehre, Magazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 42,9% Container und Teile für Container: 28,6% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 10,4%	2,07
2020	Tauchgeräte, Container und Teile für Tauchgeräte: 40,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Magazine, Schalldämpfer und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 25,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 19,4%	3,50
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Wechselmagazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 55,0% Container und Teile für Tauchgeräte: 20,6% Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Jagdflintenmunition, Sportflintenmunition und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 16,5%	2,47
2022	Raketen, Flugkörper, tragbare Luftabwehrsysteme, Panzerabwehrminen, Panzerabwehrrichtminen, Abfeuerausrüstung, sonstige Ausrüstung und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung, sonstige Ausrüstung: 38,2 %	2.245,3

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Gepanzerte Fahrzeuge, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Schutz, gepanzerte Fahrzeuge, Panzerhaubitzen, LKW, Landfahrzeuge: 29,4 % Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungs-Erkennungs-Identifizierungsvorrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Rohrmaschinenrichtgeräte, Zielerfassungssysteme, Ortungs-Erkennungs-Identifizierungsvorrichtungen: 12,0 % Mörser, Panzerabwehrwaffen, Waffenzielgeräte und Teile für Kanonen: 8,7 %	
2023	Gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Kampfpanzer, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, ballistischen Fahrzeugschutz [Bank]: 34,7% Raketen, Flugkörper, Landminen, Landminenräumungsausrüstung, Ausrüstung zum Orten und Räumen von Seeminen, Abfeuerausrüstung, Sprengungsausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge und Teile für Flugkörper, Ausrüstung zum Orten und Räumen von Seeminen, Abfeuerausrüstung, Sprengungsausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 28,1 % Gewehrmunition, Jagd-/Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Maschinengewehrmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Scheinzielpatronen, Granatpistolenmunition, Granatmaschinenwaffenmunition, Jagd-/Sportflintenmunition und Teile für Gewehrmunition, Maschinengewehrmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition: 27,7 %	4.369,4

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

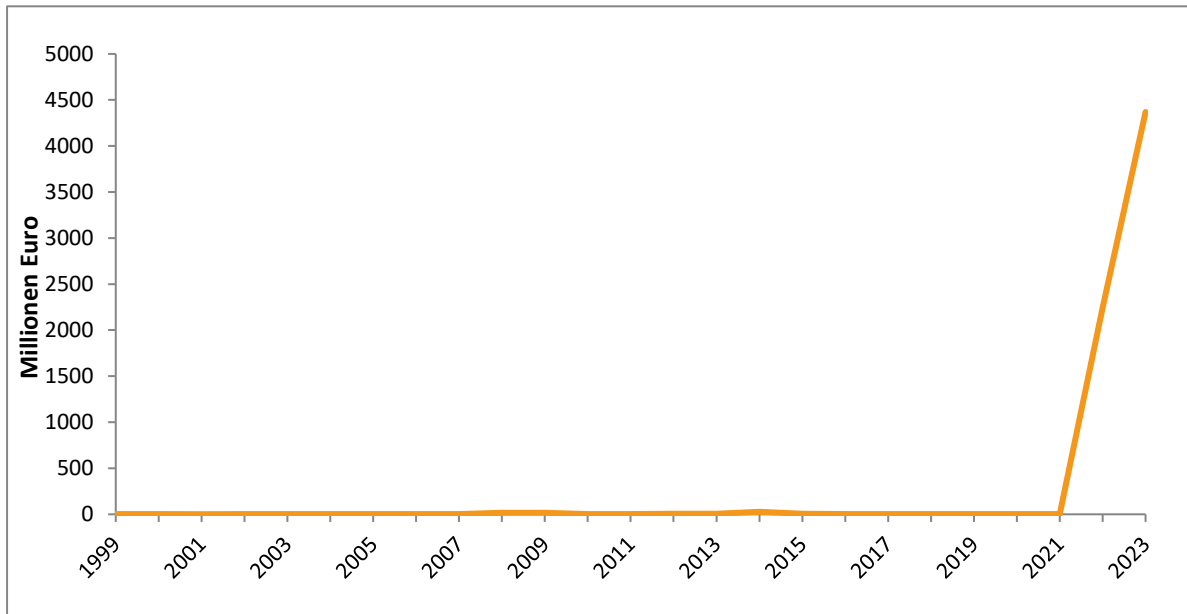
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Ukraine 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(54)	MTU-881	Dieselmotor	2022	2022-2024	(54)	Neuwertig
(26)	BPz-2	Bergepanzer	2022	2022-2024	(22)	Gebraucht
27	BrPz-1 Biber	Brückenlegepanzer	2022	2022-2024	(27)	Gebraucht
2	Büffel	Bergepanzer	(2022)	2023	2	Gebraucht
(3)	COBRA	Artillerieortungsradar	2022	2022	(3)	Gebraucht
50	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	2022	2022	50	Gebraucht
(55)	Gepard	Selbstfahrende Luftabwehrgeschütze	2022	2022-2024	(42)	Gebraucht
(294)	GMLRS	Präzisionsgelenkte Boden-Boden-Raketen	2022	2022	(294)	Gebraucht

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
12	IRIS-T SL	Bodengestütztes Luftverteidigungssystem	2022	2022-2024	(11)	Neuwertig
(1000)	IRIS-T SLM	Boden-Luft-Raketen	2022	2022-2024	(700)	Gebraucht
18	Leopard-2A6	Kampfpanzer	(2022)	2023	18	Gebraucht
5	M-270 MLRS 277mm	Selbstfahrender Mehrfachraketenwerfer	2022	2022	(5)	Gebraucht
165	Marder-1A3	Schützenpanzer	2022	2023-2024	140	Gebraucht
	MIM-104 PAC-2	Boden-Luft-Raketen	(2022)	2023	(175)	Gebraucht
12	PiPz-2 Dachs	Pionierpanzer	2022	2023-2024	12	Gebraucht
14	PzH-2000 155mm	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	2022	2022	14	Gebraucht
(100)	DM-702 SMART-155	Präzisionsgelenkte Artilleriemunition	2022	2022	(100)	Gebraucht
54	RCH-155	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	2022			Neuwertig
	Stinger	Tragbare Boden-Luft-Raketen	2022	2022	500	Gebraucht
(2700)	Strela-2	Tragbare Boden-Luft-Raketen	2022	2022	(2700)	Gebraucht
255	Vulcano-GLR	Präzisionsgelenkte Artilleriemunition	2022	2023	(255)	Gebraucht
8	AIM-7E Sparrow	BVR-Raketen	2023	2023	8	Gebraucht
	AIM-7M Sparrow	BVR-Raketen	2024	2024	(100)	Gebraucht
	BPz-2	Bergepanzer	2023	2023-2024	57	Gebraucht, modernisiert
(10)	Eagle	Gepanzertes Fahrzeug	(2023)	2023	(10)	Gebraucht
120	IRIS-T	BVR-Raketen	2023	2023	120	Gebraucht
110	Leopard-1A5	Kampfpanzer	2023	2023-2024	(103)	Gebraucht
14	Leopard-2A4	Kampfpanzer	2023	2024	14	Gebraucht, modernisiert
(5)	Luna-NG	Drohne	2023	2023	(5)	Neuwertig
3	Patriot Configuration-3	Boden-Luft-Raketen-system	2023	2023-2024	3	Gebraucht
(16)	TRML-4D	Luftsuchradar	2023	2023-2024	(16)	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(200)	AIM-9M Side-winder	Luft-Luft-Rakete	2024	2024	(200)	Gebraucht
(128)	MIM-104 PAC-3	ABM-Rakete	2024	2024	(128)	Gebraucht
100	IRIS-T	BVR-Raketen	2024	2024	(100)	Neuwertig
6	Sea King Mk-41	Transporthubschrauber	2024			Gebraucht
	Lynx KF-41					Neuwertig
9	Boxer		2024			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine war bis 2004 äußerst gering. Hauptsächlich lieferte Deutschland an die Ukraine Jagd- und Sportgewehre sowie entsprechendes Zubehör. Seit 2005 kam es jedoch zu einem Anstieg der Exportvolumina. So lässt sich der Antwort der Bundesregierung (18/863) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im März 2014 entnehmen, dass zwischen 2005 und 2012 knapp 1.300 Ausfuhrgenehmigungen für genehmigungspflichtige Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von rund 52 Millionen Euro erteilt worden sind. Der Anstieg ist dabei insbesondere auf die Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen, in denen Infrarotbeobachtungssystemen und allgemeinen Überwachungssystemen geliefert wurden. Berichten des norwegischen Friedensforschungsinstitutes PRIO zufolge hat Deutschland im Jahr 2009 außerdem für ca. eine Mio. Euro Munition für Klein- und Leichtwaffen in die Ukraine exportiert. Laut UN-Waffenregister bezog die Ukraine ebenfalls im Jahr 2008 einen leichten Hubschrauber des Typs Bo-105 aus Deutschland. Bemerkenswerterweise ist dieses Geschäft in den von Deutschland an die Vereinten Nationen gemeldeten Informationen nicht aufgeführt. Den Anstieg der Rüstungsexporte in die Ukraine im Jahr 2014 erklärt die Bundesregierung in ihrem Rüstungsexportbericht von 2014 hauptsächlich durch die Lieferung von Helmen und ballistischen Schutzwesten.

Seit dem 24. Februar 2022 lieferte die deutsche Bundesregierung jedoch Rüstungsgüter und komplette Großwaffensysteme. Zwischen dem 01.01. und dem 12.12.2022 sollen diese einen Wert von mindestens 2,15 Milliarden Euro erreicht haben. Lieferungen entstammen dabei teilweise Bundeswehrbeständen, werden aber auch über Finanzierungen (etwa aus Mitteln der deutschen Ertüchtigungsinitiative sowie der europäischen „Peace Facility“) direkt von der Industrie geliefert. Für 2023 wurden Zusagen über 5,4 Milliarden Euro und für die folgenden Jahre von 10,5 Milliarden Euro gemacht, die vornehmlich in die militärische Hilfsleistung fließen oder bereits gelieferte Eigenbestände ersetzen sollen. Einen Überblick über die verschiedenen von Deutschland gelieferten Großwaffensysteme bietet Tabelle 2. Einen vollständigen Überblick über die Lieferungen von letalen und nicht-letalen Militärgütern finden sich auf der [Website der Bundesregierung](#). Hierunter finden sich auch viele nicht von der

SIPRI-Datenbank gelistete Lieferungen. Diese Berichterstattung wurde durch die Bundesregierung zum 17. April 2025 allerdings eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt soll Deutschland demnach insgesamt Rüstungsgüter und Großwaffensysteme mit einem Gesamtwert von 28 Mrd. Euro zugesagt oder bereits geliefert haben. Ein Materialwert von rund 5,2 Mrd. Euro wurde dabei direkt aus Bundeswehrbeständen geliefert. Zudem erhielten mehr als 10.000 ukrainische Soldat:innen eine militärische Ausbildung in Deutschland. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 282 Mio. Euro. Kosten für die Versorgung verwundeter Soldat:innen in Deutschland werden hingegen nicht näher aufgeschlüsselt.

Laut dem Rüstungsexportbericht 2022 wurden 232 Genehmigungen im Wert von 2,245 Mrd. Euro erteilt. Die tatsächlichen Kriegswaffenausfuhren beliefen sich demnach auf 566,7 Mio. Euro, genehmigt wurden Kriegswaffenausfuhren über 1,286 Mrd. Euro. Rund 26,9 % aller deutschen Lieferungsgenehmigungen sollen 2022 demnach auf die Ukraine entfallen sein. Allein Klein- und Leichtwaffen wurden im Wert von rund 258 Mio. Euro und entsprechende Munition über 128 Mio. Euro genehmigt. Für 2023 gab die Bundesregierung im entsprechenden Rüstungsexportbericht einen Gesamtgenehmigungswert von 4,369 Mrd. Euro an. Die Ukraine erhielt demnach rund 36 % aller deutschen Rüstungsexportgenehmigungen. Das gleiche Verhältnis spiegelt sich auch in den tatsächlichen Kriegswaffenausfuhren wider, beliefen sich die Lieferungen an die Ukraine doch auf 1,583 Mrd. Euro von insgesamt 4,521 Mrd. Euro (35 %). Genehmigt wurden Kriegswaffenausfuhren an die Ukraine über 3,16 Mrd. Euro. Klein- und Leichtwaffen wurden im Wert von 11,4 Mio. genehmigt und entsprechende Munition im Wert von 118,5 Mio. Euro.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	18	44	2930	4291	5230	12513

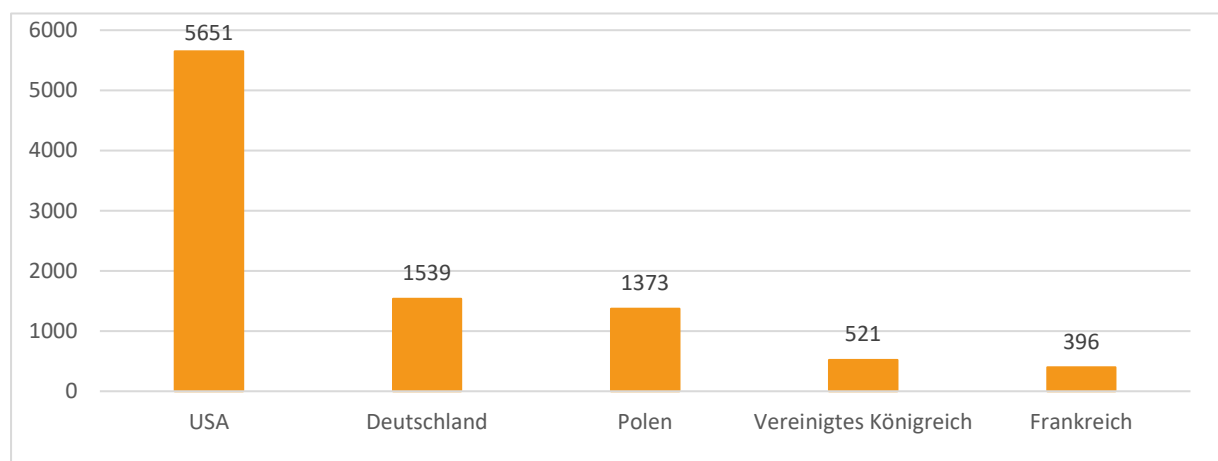
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Tabelle 4**Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2020-2024, Mio. TIV**

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	295	528	716	1539

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm die Ukraine im Zeitraum von 2020 bis 2024 die erste Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein – von 2017 bis 2021 lag das Land noch an 72. Stelle. Während die Ukraine zwischen 2017 und 2021 auch lediglich 0,1 % der weltweiten Waffenimporte empfang (insgesamt in den fünf Jahren Importe im Wert von 163 Millionen TIV), waren es in der aktuellen Betrachtungsperiode 18 % der weltweiten Waffenimporte. Allein im Jahr 2022 importierte die Ukraine Waffensysteme im Wert von 2,8 Milliarden TIV; im Jahr 2023 dann 4,0 und 2024 sogar 5,2 Mrd. TIV. Seit der Eskalation zu einem flächendeckenden Krieg wurden somit um ein Vielfaches mehr Waffen geliefert als in den vorangegangenen fünf Jahren zusammen.

Die fünf wichtigsten Rüstungslieferanten der Ukraine von 2020 bis 2024 waren mit Abstand die USA (45 % aller Lieferungen), gefolgt von Deutschland (12 %), Polen (11 %), dem Vereinigte Königreich (4 %) und Frankreich (3 %). Seit 2022 lieferten aber insgesamt 35 Staaten sowie ein unbekannter Lieferant Waffensysteme an die Ukraine.

Das Land importierte bis zur russischen Invasion primär Klein- und Leichtwaffen, Munition und technisches Equipment bzw. Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern und Waffen. Seit der Annexion der Krim durch Russland (2014) und den daraus folgenden Spannungen standen die europäischen NATO-Staaten Waffenlieferungen in die Ukraine zunächst

kritisch gegenüber, da dies durch Russland als Provokation aufgefasst werden könnte. Unterstützung erhielt der ukrainische Staat daher vor allem durch die USA, die der Ukraine Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär zusagten und zudem die Präsenz der US-Truppen in Osteuropa erweiterten. Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten. So wurde im Frühjahr 2015 bekannt, dass das ukrainische Militär dann doch mit Hilfe der NATO modernisiert und die Kooperation mit NATO-Truppen ausgebaut werden sollte.

Aktueller Hauptlieferant ist mit Abstand – wie auch bereits vor Kriegsausbruch – die **USA**, die seit Eskalation des Krieges im Jahr 2022 rund 45 Prozent der gesamten Güter lieferten oder entsprechende Zusagen gemacht haben. Angemerkt sei, dass ein erheblicher Teil der gelisteten Güter als Schenkungen überlassen wurden oder durch Drittstaaten finanziert wurden und es sich zumeist um gebrauchte Güter handelt. Darunter befanden sich bisher schätzungsweise rund

4.676 gepanzerte Mannschaftstransporter diverser Typen,
 31 M-1A1 Abrams Kampfpanzer,
 329 gebrauchte M-2A3 Bradley Schützenpanzer (Schenkungen),
 18 M-60 AVLB Brückenlegepanzer,
 8 M-88A2 HERCULES Bergepanzer,
 30 Mörser,
 255 gezogene Geschütze,
 18 Selbstfahrlafetten und 12 selbstfahrende Mörser,
 42.330 Panzerabwehrraketen (Javelin und BGM-71F TOW-2B),
 2200 BVR-Raketen,
 600 Kurzstrecken-Luft-Luft-Raketen,
 725 Boden-Luft-Raketen sowie 3.250 tragbare Boden-Luft-Raketen,
 1.000 Luft-Boden-Raketen,
 650 Boden-Boden-Raketen,
 7.000 Stück gelenkte Artilleriemunition,
 32.900 präzisionsgelenkte Raketen,
 770 ABM-Raketen,
 3.000 gelenkte Gleitbomben
 42 HIMARS-Raketenwerfer,
 12 mobile Flugabwehrsysteme vom Typ Avenger,

drei Flugabwehrsysteme vom Typ I-HAWK, drei vom Typ Patriot Configuration-3 und zwei neuwertige NASAMS-2

insgesamt 21 Transporthubschrauber der Typen Mi-17 und S-70 Black Hawk,

5 Penguin, 30 ScanEagle und 2 V-BAT-128 -Drohnen

118 Mehrzweck-, Artillerieortungs- sowie Luftsuchradargeräte und

6.520 Loitering Munitions vom Typ Phoenix Ghost und 600 vom Typ Switchblade-600.

Auch von **Polens** Lieferungen ist ein Großteil als Schenkung übergeben worden oder wird teilweise durch EU-Mittel finanziert. Die Lieferungen Polens belaufen sich bisher auf:

334 Panzern (14 Leopard-2A4, 50 PT-91M und 270 T-72M1),

500 Schützenpanzern der Typen BMP-1 und AMV,

204 gepanzerte Mannschaftstransporter

258 selbstfahrenden Geschützen (Typ Krab 155mm und 2S1 122mm)

11 Kampfhubschrauber (Typ Mi-24V/Mi-35),

14 Kampfflugzeugen (MiG-29S),

1.000 tragbaren Boden-Luft-Raketen (Piorun) sowie

8 Flugabwehrsysteme inkl. 360 entsprechender Boden-Luft-Raketen

300 Loitering Munitions vom Typ Warmate sowie

36 Mehrfachraketenwerfer

Auch von **Großbritanniens** Lieferungen ist ein Großteil als Schenkung übergeben worden oder wird teilweise durch EU-Mittel finanziert. Die Lieferungen Großbritanniens belaufen sich bisher auf:

783 gepanzerte Mannschaftstransporter diverser Typen,

2 Challenger ARRV Bergepanzer,

14 Challenger-2 Kampfpanzer,

48 Selbstfahrlafetten,

60 gezogene Geschütze,

350 Anti-Schiff-Raketen,

450 BVR-Raketen,

1105 Luft-Boden-Raketen,

820 Lenkraketen und 1500 Lenkbomben

200 Panzerabwehrraketen,

6 mobile Flugabwehrsysteme inkl. 1.900 Boden-Luft-Raketen,

- 6 Mehrfachraketenwerfer
- 3 Transporthubschrauber vom Typ Sea King HAR-3,
- sowie 2 Minenjagdboote, 4 Artillerieortungsradargeräte und 20 Loitering Munition

Frankreich lieferte seit 2022, ebenfalls Großteils als Schenkung und meist gebraucht:

- 80 Selbstfahrlafetten (CAESAR 155 mm)
- 6 gezogene Geschütze
- 4 Mehrfachraketenwerfer
- 14 leichte Helikopter und 5 Transporthelikopter
- 20 Patrouillenboote
- 378 gepanzerte Mannschaftstransporter und 56 gepanzerte Fahrzeuge
- 280 Panzerabwehrraketen
- 690 Boden-Luft-Raketen (bzw. davon 90 Storm Shadow)
- 3 Luftverteidigungssysteme und 75 Luftabwehrraketen sowie 100 tragbare Luftabwehrraketen
- Zudem lieferte Frankreich ein Luftsuchradar und zehn Mörser.

Die nächstgrößeren Lieferanten im Zeitraum 2020 bis 2024 für die Ukraine waren **Tschechien, Kanada, Norwegen**, die **Slowakei** und die **Türkei** mit zusammen nochmals rund 10 % aller Lieferungen an die Ukraine. Zwischen 2022 und 2024 entfielen 13 % der weltweiten Waffeneinfuhren auf die Ukraine. Weiterführende Informationen zu wichtigen Lieferanten und entsprechender monetärer Werte der Militärhilfen bietet insb. auch der [Ukraine Support Tracker](#) des Kiel Institute for the World Economy.

Militärausgaben

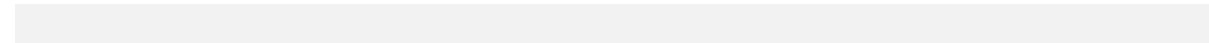
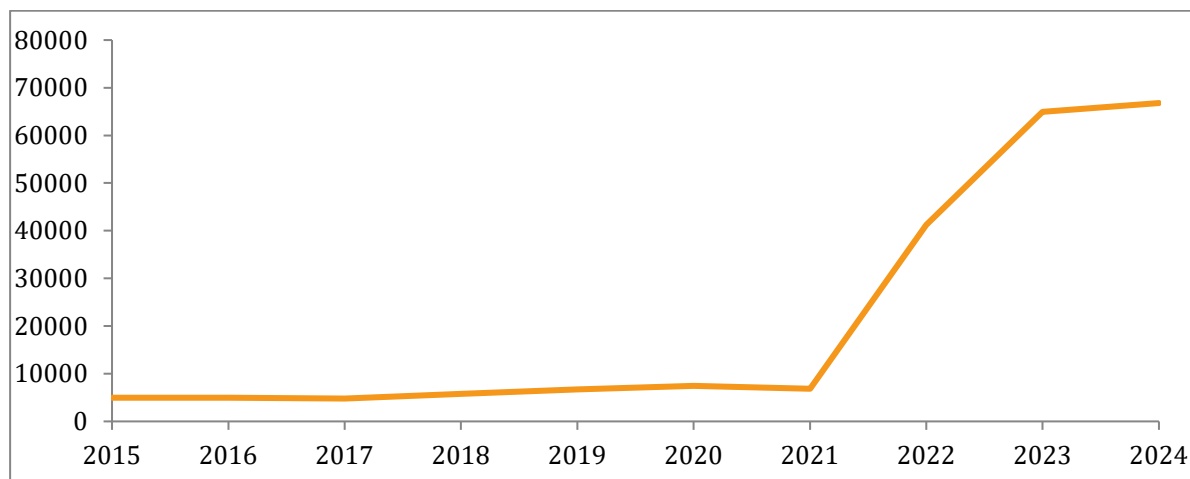


Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

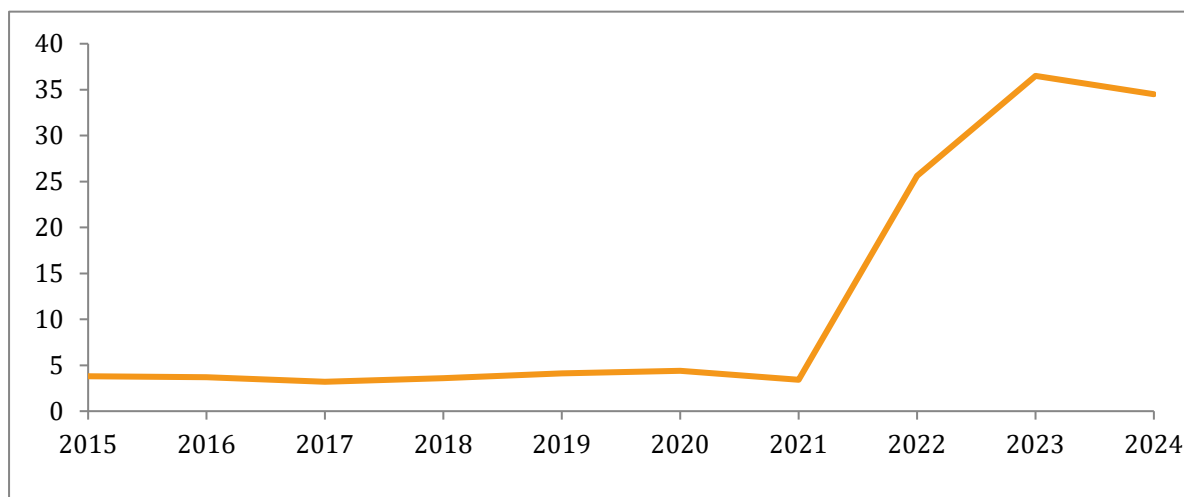
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	7436	6883	41205	64908	66784
Anteil am BIP (in Prozent)	4,4	3,4	25,6	36,5	34,5
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	9,6	8,5	39,2	49,1	54,0

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Ukraine verfügte schon zur Zeit der Sowjetunion über eine beträchtliche Rüstungsindustrie. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erbte das Land etwa 25 bis 30 Prozent der gesamten sowjetischen Rüstungsindustrie. Neben selbst produzierten Rüstungsgütern und Waffen belieferte die Ukraine eine Reihe von Staaten mit alten sowjetischen Waffen, insbesondere Länder in Afrika und Asien. Ukrainische Rüstungsfirmen konnten sich zudem regelmäßig große Aufträge weltweit sichern, zeitweise belegte die Ukraine den 8. Platz der weltweiten Waffenexporteure. Dabei umfassten die Geschäfte neben der Lieferung von Militärgütern und -technik auch die Lieferungen von Teilen zur Endproduktion im jeweiligen Empfängerland sowie Wartungs- und Modernisierungsaufträge. Rüstungsexporte fallen laut Verfassung ins Aufgabenfeld des Staatsoberhauptes und gelten damit als Handlungsfeld der Außenpolitik.

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine Strategie zur Entwicklung der Rüstungsindustrie mit dem Ziel, erneut eigene komplette Produktionsketten für einige Waffensysteme aufzubauen. Damit wollte sie der Importabhängigkeit der Rüstungsindustrie begegnen. Auch wenn die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen aufweist, blieb gerade das Exportgeschäft lange ein wichtiger Stützpfeiler für einige Unternehmen. So profitierten bis zu dem aktuellen Krieg mit Russland ca. 40 Betriebe direkt vom Exportgeschäft. Rund 250 andere konnten dadurch hingegen kaum wirtschaftliche Fortschritte verbuchen. Aber auch die hohe Nachfrage der eigenen Armee, die auf eine gut aufgestellte heimische Rüstungsindustrie angewiesen war, trieb die Rüstungsproduktion an.

Ein weiteres Charakteristikum der ukrainischen Rüstungsindustrie war ihre enge Verknüpfung mit Russland, von dessen Zulieferungen sie weitgehend abhängig war. Aus diesem Grund hat selbst die proeuropäische Ausrichtung Kiews in den Jahren der orangenen Revolution an der intensiven russisch-ukrainischen Kooperation im militärisch-technischen Bereich nichts geändert. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den Konflikten in der Ostukraine brach die Rüstungsk Kooperation, die rund die Hälfte der ukrainischen Rüstungsexporte ausmachte, jedoch weitestgehend zusammen. So startete Russland ein groß angelegtes Programm, um ukrainische Produkte zu ersetzen. Bereits angelaufene Projekte wurden zum Teil zwar offiziell noch fortgeführt, jedoch wurden diese zumeist faktisch gestoppt oder verzögert, was auch durch die Suche nach alternativen Kooperationspartnern durch die Ukraine unterstrichen wurde. Zwar stoppte die staatliche Rüstungsgesellschaft Ukroboronprom nach der Annexion der Krim sämtliche Lieferungen nach Russland, private Unternehmen aus der Ukraine sollen teilweise aber weiterhin die russische Armee und Rüstungskonzerne beliefert haben. Im Osten der Ukraine befinden sich zudem einige der bedeutendsten Zuliefererbetriebe der russischen Rüstungsindustrie. Bereits im Dezember 2014 wurde bekannt, dass auf ukrainischer Seite ca. 30.000 russische Produkte ersetzt werden mussten. 2019 war der im Jahr 2010 gegründete ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom daher bspw. noch immer nicht in der Lage, den T-84 Oplot-Panzer zu liefern. Seit 2022 wurde der Panzer jedoch überarbeitet und die Komponenten konnten ersetzt werden.

Bereits im Oktober 2013 gab der im Jahr 2010 gegründete ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom den Beginn eines großangelegten Restrukturierungsprogramms bekannt, wodurch zumindest ein Teil der Missstände innerhalb der ukrainischen Rüstungsindustrie be-

hoben werden sollte. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum endgültigen Vertrieb staatlich zu steuern. Dadurch sollte die ukrainische Rüstungsindustrie auch für gemeinsame Projekte mit anderen Staaten gestärkt werden. Der Umstrukturierungsprozess dauert noch an. So wurde Ukroboronprom 2021 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im März 2023 zu „Ukrainian Defense Industry“ umbenannt. Der Konzern umfasste laut [Jahresbericht](#) 2020 137 Unternehmen und beschäftigte etwa 66.000 Mitarbeiter:innen. Die Tochterunternehmen betätigen sich in den Bereichen der Luftfahrt, im Schiffs- und Panzerbau, im Bereich der Kommunikationstechnologie, Munitions- und Chemieproduktion sowie im Bereich der Hochpräzisionswaffen. 21 Unternehmen befanden sich bereits im Jahr 2020 in den durch Russland besetzten Gebieten – derzeit dürften es daher nochmals einige Unternehmen mehr sein. Größtes Unternehmen des Konzerns war bislang die Tochtergesellschaft Ukrspetseksport, welche den Im- und Export koordinierte.

Insgesamt sind etwa 90 Prozent der ukrainischen Rüstungsbetriebe Staatseigentum. Unklare Eigentumsverhältnisse (verschiedene Ministerien) und das Fehlen eines zentralen Koordinationsgremiums hatte jedoch erhebliche negative Einflüsse auf die Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten. Im Jahr 2020 Versuchte daher die Regierung mit der Gründung des „Ministeriums für strategische Industrien“ die Koordination des Restrukturierungsprozesses zu verbessern und das Beschaffungswesen zu modernisieren. Seitdem wurde Ukroboronprom nicht mehr direkt vom Kabinett, sondern dem genannten Ministerium verwaltet. Topmanager werden zudem von einem Nominierungskomitee ernannt, in dem seit Neustem auch deutsche, französische und britische Botschaftsvertreter:innen be sitzen. Damit soll eine gute Unternehmensführung demonstriert, Vertrauen geschaffen und die Attraktivität für internationale Rüstungskooperationen erhöht werden. Im Juli 2025 wurde das Ministerium allerdings mit dem Verteidigungsministerium zusammengelegt.

Auf die Invasion wurde seitens der Industrie zunächst mit einer Dezentralisierung reagiert. Produktionsanlagen, die verlegt werden konnten, sollen über dem ukrainischen Territorium und Nachbarländer verteilt worden sein, was die Logistik und damit die Kosten der Güter jedoch verteuerte. Zudem mussten vermehrt wieder Güter hergestellt werden (wie spezielle Munitionstypen), die seit 20 bis 30 Jahren nicht mehr produziert wurden. Nach Aussagen aus dem Berater:innenkreis des ukrainischen Präsidenten soll die ukrainische Rüstungsindustrie zu Beginn der russischen Invasion zugleich unter Beschuss genommen und zu großen Teilen zerstört worden sein. Nach einer [Studie des Institutes for the Study of War](#) (ISW) schaffte es die Ukraine jedoch trotz dieser Zerstörungen im Jahr 2024 ein höheres Produktionsvolumen als vor der Invasion zu erreichen. Der ehemalige Minister für strategische Industrien, Herman Smetanin, [gab sogar an](#), der Wert der Produktionskapazität habe sich von einer Milliarde US-Dollar zu Beginn des Krieges auf 35 Mrd. im Jahr 2024 erhöht.

Produziert werden vor allem diverse Munitionstypen wie Mörsergranaten unterschiedlicher Kaliber, Raketen für Mehrfachraketenwerfer, Artilleriemunition aber auch gepanzerte Truppentransporter und diverse Drohnen. In vielen dieser Bereiche stiegen die Zahl der produzierenden Unternehmen als auch die Anzahl der produzierten Systeme um ein Vielfaches. Nach Angaben des ISW produzierten etwa 2022 nur 35 ukrainische Unternehmen Drohnen. Bis Ende Oktober 2023 stieg diese Zahl auf über 200 an, welche 50.000 Drohnen für das Militär produzierten. Erklärtes Ziel der ukrainischen Regierung ist es diese Zahl 2024 auf 83.000 pro Monat und damit auf eine Millionen Drohnen im Jahr zu steigern. Von 2023 auf 2024 wurden zudem die Produktion von Mörser- und Artilleriemunition (von 60 bis 155 mm) von einer Million auf 2,5 Millionen jährlich gesteigert.

Diverse internationale Rüstungsunternehmen kündigten in den vergangenen Jahren an, Joint Ventures mit ukrainischen Unternehmen einzugehen bzw. Produktionsstätten in der Ukraine aufbauen zu wollen. So gründeten an deutschen Unternehmen insb. die Rheinmetall Landsysteme GmbH und Ukrainian Defense Industry JSC (UDI, ehemals Ukroboronprom) im Oktober 2023 die Rheinmetall Ukrainian Defense Industry LLC, ein Joint Venture zur Wartung, Produktion und Entwicklung militärischer Fahrzeuge. Gewartet werden sollen dabei von Rheinmetall produzierte Fahrzeuge, die durch Deutschland direkt oder über einen Ringtausch an die Ukraine geliefert wurden. Perspektivisch sollen aber auch ausgewählte Fahrzeuge aus der Produktpalette des deutschen Unternehmens in der Ukraine produziert werden: Im Gespräch waren hier zuletzt der von Rheinmetall entwickelte Kampfpanzer Panther und der Schützenpanzer Lynx. An deutschen Unternehmen kündigten außerdem MBDA (im Bereich Luftverteidigung), Diehl (ebenfalls Luftverteidigung), Helsing AI sowie Quantum Systems (Drohnen) und Dynamit Nobel Defence (v. a. Panzerabwehrwaffen) Kooperationen mit ukrainischen Unternehmen an. Während in einigen Fällen bereits konkrete Niederlassungen in der Ukraine geplant sind, handelt es sich in anderen bislang lediglich um Absichtserklärungen oder um Beteiligungen ukrainischer Unternehmen an im Ausland angesiedelten Werken. Die Flensburg Fahrzeugbau Gesellschaft baut bspw. eine Niederlassung direkt in der Ukraine zur Wartung und Reparatur von Fahrzeugen.

Im Juni 2024 kündigte auch das französische Unternehmen Thales ein Joint Venture an. Ziel ist die Lieferung und der Betrieb verschiedener Waffensysteme – allen voran elektronische Kampfführungssysteme, taktische Kommunikationsausrüstung, Luftverteidigungssysteme und Radare – an die Ukraine. Thales erklärte zudem mit dem ukrainischen Drohnenhersteller FRDM zusammenarbeiten zu wollen, um gemeinsam ein unbemanntes Flugsystem zu entwickeln und herzustellen. Der US-amerikanische Rüstungsgigant Northrop Grumman plant für die Zukunft die Produktion von Mittelkalibermunition in der Ukraine. Produziert werden sollen vor allem Panzermunition und 155mm-Artilleriegranaten. Ähnlich eröffnete 2024 auch der Deutsch-Französische Mischkonzern KNDS eine Tochtergesellschaft in der Ukraine, die insbesondere Munition produzieren und westliche Großwaffen-Landsysteme warten soll. Darüber hinaus kündigten das britische BAE-Systems, das türkische Baykar, AeroVironment und viele weitere internationale Unternehmen enge Kooperationen mit der Ukraine an.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Heer, Luftwaffe 18 Monate; Marine 2 Jahre. Mindestalter von 27 Jahren im Jahr 2024 auf 25 reduziert.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

730.000 aktiv, davon:

Heer: 500.000

Marine: 40.000

Luftwaffe: 35.000

Luftlandetruppen: 45.000
 Spezialeinheiten: 5.000
 Territoriale Verteidigung: 100.000
 Drohnenflotte: 5.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 260.000, davon:
 Nationalgarde: ca. 100.000
 Grenzschutz: ca. 60.000
 Nationalpolizei: ca. 100.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	204	204	209	209	209	196,6	688	800,2	730
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	4,5	4,5	4,6	4,6	4,7	4,4	16,8	21,2	19,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Notwendigkeit eines Umbaus der ukrainischen Streitkräfte deutlich. So waren die ukrainischen Streitkräfte, ähnlich wie andere Armeen in Nachbarländern, von einem Missverhältnis zwischen der Anzahl hoher Offizier:innen und Mannschaften geprägt. Im Jahr 2004 etwa kamen auf eine:n Offizier:in 2,6 Mannschaftsdienstgrade, während das Verhältnis in modernen Armeen etwa das Doppelte beträgt. Professionalisierung und Effizienzsteigerung waren ein zentrales Ziel der Militärreform und des Umbaus der Streitkräfte. Aus diesem Grund wurde eine Phase der Transformation eingeleitet, welche eine Reduzierung der Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 Soldat:innen vorsah. Doch auch wenn in vielen Bereichen der Versuch unternommen wurde, westliche bzw. NATO-Standards zu etablieren, war das strukturelle Erbe der Sowjetunion allgegenwärtig. Eine umfassende und weitreichende Reform wurde dadurch erheblich erschwert. 2021 konnten mit einer neuen „Military Security Strategy“, in welcher der Interoperabilität mit der NATO höchste Priorität eingeräumt wurde, jedoch einige Reformationen umgesetzt werden. So etwa die Trennung der Posten des Generalstabschefs von dem des:der Oberbefehlshaber:in und die Schaffung mehrerer neuer Kommandos (wie etwa eines Joint Forces Command). Im Jahr 2020 wurden bereits zudem drei neue Reservekomponenten geschaffen (eine operative, eine Mobilisierungs- und eine zivile Reserve).

Die Verkleinerung der Streitkräfte wurde in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 vorerst gestoppt und die Wehrpflicht wieder eingeführt (seit 2015 jedoch ab 20 anstatt 18 Jahren). Zudem wurden im Vorfeld des Krieges im Juli 2021 mit

dem Gesetz "Über die Grundlagen des nationalen Widerstands" die Schaffung von sog. Territorial Defence Forces (TDF) – Territorialverteidigungskräften – beschlossen, welche die regulären Streitkräfte und die Nationalgarde unterstützen sollten. Die Aufgaben beschränkten sich ursprünglich auf Tätigkeiten im rückwärtigen Gebiet und umfassten die Bemannung von Checkpoints, die Verhinderung von Sabotage und den Schutz von Infrastruktur. Mit dem russischen Angriff 2022 weiteten sich sowohl die Aufgaben als auch der Umfang dieser Truppen teils massiv aus. Ursprünglich auf 11.000 Freiwillige beschränkt, wuchsen diese in den ersten Kriegsmonaten massiv an. Heute umfassen sie laut Military Balance etwa 100.000 Kämpfer:innen. Zu Beginn des Krieges sahen sich vor allem grenznahe Territorialverteidigungskräfte schnell in der Rolle von regulären Einheiten wieder. So spielten TDF eine wesentliche Rolle bei der Verteidigung in Charkiw, Sumy und Tschernihiw. Den Territorialverteidigungskräften untergeordnet ist die International Legion of Territorial Defence of Ukraine – eine Freiwilligeneinheit, auf Anordnung von Präsident Selenskyj im Februar 2022 gegründet wurde und aus internationalen Freiwilligen besteht. Der Umfang dieser internationalen Legion ist umstritten. Während die ukrainische Regierung in den ersten Kriegsmonaten häufig einen Umfang von 20.000 Freiwilligen verkündete, liegt die Zahl wahrscheinlich eher im vierstelligen Bereich. Offiziell umfasst die internationale Legion eine Reihe von Einheiten, die von Exilrussen gegründet wurden und innerhalb der TDF zumindest eine recht hohe Autonomie genießen: So unternahmen Einheiten wie die Freedom of Russia Legion, das Russian Volunteer Corps oder das Sibir Battalion zum Teil eigenständig Angriffe auf russisches Territorium für die die ukrainische Regierung keine Verantwortung übernahm. Nach eigenen Angaben umfassen diese Einheiten – wie im Falle der Freedom of Russia Legion – zum Teil mehr als 1.000 Kämpfer:innen. Derweil wurde die International League aber den Landstreitkräften unterstellt.

Mit der allgemeinen Mobilisierung wurde die Ausreise für 18 bis 60-jährige Männer verboten und Frauen im gleichen Alter, die bestimmte Berufe ausüben, mussten sich ebenfalls zum Militärdienst melden. Mit dem 2024 verabschiedeten neuen Wehrgesetz reagierte die ukrainische Regierung auf die anhaltenden Mobilisierungsprobleme. So sind seit 2025 alle Männer ab 18 Jahren verpflichtet einen Grundwehrdienst zu absolvieren. Zudem wurde das Alter, ab dem Angehörige des Militärs in den Kriegseinsatz geschickt werden dürfen von 27 auf 25 Jahre gesenkt. Unter 25-jährige dürfen sich freiwillig zum Dienst melden, allerdings nach wie vor nicht eingezogen werden. Der Wehrdienst wurde überdies auf insgesamt drei Jahre (vorher 18 Monate) verlängert, enthält dafür aber Ansprüche auf eine Rotation der Einsatzbereiche und Urlaub. Während nach Angaben des IISS im Jahr 2024 keine offizielle Reserve mehr bestanden haben soll, sollen junge Menschen, welche seit Kriegsbeginn im aktiven Dienst standen, Medienberichten zufolge, für mindestens ein volles Jahr in die Reserve wechseln dürfen.

Seit der Invasion wurden die bis dahin zu großen Anteilen mit veralteten Waffensystemen ausgestatteten Streitkräfte um eine Vielzahl moderner Systeme ergänzt. Zudem unterstützten die verbündeten Länder die Ukraine auch in Sachen Ausbildung; sowohl an den Geräten als auch an Grundausbildung und Kampf- und Führungsfähigkeiten. Da die Ukraine derzeit Lieferungen aus sehr vielen verschiedenen Ländern erhält sind die genutzten Systeme sehr vielfältig. Die vom IISS herausgegebenen Daten zu Ausrüstung und Streitkräften sind aufgrund der volatilen Situation also mit Vorsicht zu genießen. In Hinblick auf die Personalstärke des Militärs verweist das IISS darauf, dass die genauen Daten unklar sind. Das IISS gibt derzeit, bzw. für das Jahr 2024, eine Stärke von etwa 730.000 Soldat:innen an. Ende 2023 war für

die Streitkräfte noch eine Stärke von 800.000 Personen angegeben worden. Es ist jedoch unklar, ob sich diese Zahlen auf eine mandatierte Gesamtzahl oder einen tatsächlichen Personalstand beziehen.

Bewaffung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1.146	
Schützenpanzer	1.813	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	2.187	
Aufklärer	193	
Gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge	Einige	
Bergepanzer	Mehr als 44	
Brückenlegepanzer	Mehr als 27	
Pionierpanzer	Mehr als 108	
Artillerie	1.857	714 selbstfahrende und 534 gezogene Artilleriegeräte, 258 Mehrfachraketenwerfer und mehr als 342 Mörser
Panzerabwehr	Einige	
Luftabwehr	Mehr als 91	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Geschütze (u. a. ZSU-23-4 Shilka, S-60)
Kampfhubschrauber	Ca. 46	
Transporthubschrauber	Ca. 12	
Mehrzweckhubschrauber	17	
Loitering Munitions	Einige	
Drohnen	Einige	Kampf- und Aufklärungsdrohnen
Raketen	Einige	SS-21 Scarab, zusätzlich einige Luft-Luft-, Luft-Boden- und Boden-Luft-Raketen (<i>Barrier-V</i>)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die ukrainische Armee war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren haben jedoch die Qualität des Geräts verbessern können. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Geplant war u. a. die alternden T-72 Panzer durch moderne T-84 Panzer – Modernisierungen des T-80 – zu ersetzen. Ende 2014 gab die Regierung bekannt, dass sie Gespräche mit Polen führe, in denen es außerdem um einen Ersatz für die schwimmfähigen BMP-1-Schützenpanzer ging. Zwischen 2018 und 2020 lieferte Tschechien hiervon 87 gebrauchte Modelle. Im Juli 2015 erhielt das ukrainische Militär acht modernisierte T-80 Kampfpanzer, die in der Ostukraine eingesetzt werden sollten. In den Jahren 2017 und 2019 lieferte das staatseigenen Unternehmen UkrOboronProm überdies eine unbestimmte Anzahl modernisierter T-80 Panzer an die eigenen Streitkräfte. Die Armeeführung gab 2019 außerdem bekannt, dass die Aufrüstung einiger T-80 Panzer auf den T-84-Standard im gleichen Jahr begonnen werden sollte, was sich aufgrund fehlender russischer Komponenten jedoch als problematisch erwies.

Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften wird das Heer bei der Entwicklung neuer Waffensysteme bevorzugt, um es an die Anforderungen moderner Kriegsführung anpassen zu können. Um das Ziel der Anschlussfähigkeit an und Interoperabilität mit anderen NATO-Streitkräften zu erreichen, steigerte die Regierung die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren bereits um rund 200 Prozent. Seit Eskalation des Konfliktes haben sie sich noch einmal fast verzehnfacht.

Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Verstärkung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert (2014 bis 2021 für rund 2,7 Mrd. US-Dollar). Im Jahr 2022 sollen die USA zudem [Militärhilfe](#) im Wert 38 Milliarden Dollar geleistet (oder zugesichert) haben. Mit der Invasion begannen aber auch mehr als 30 weitere Staaten Waffen, Munition und Rüstungsgüter zu liefern (siehe Kommentar zu den [Waffenkäufen](#)).

Zu Beginn der russischen Invasion verloren die ukrainischen Landstreitkräfte bis Ende 2022 nach Angaben des IISS extrem viel Material (bspw. rund 1.050 Hauptkampfpanzer weniger als 2021). Seither konnten sie demnach aber die Bestände der meisten Landwaffensysteme – auch der Kampfpanzer – wieder deutlich erhöhen. So lagen die Bestände fast aller Waffensysteme des Heeres (bis auf Aufklärer und Transporthubschrauber) im Jahr 2024 nach Angaben des IISS deutlich über denen des Jahres 2021. Zudem sind viele genutzte Waffensysteme deutlich moderner.

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	15	Einige weitere sind seit der Krim-Annexion in russischem Besitz
Minenspürboote	2	
Logistik und Unterstützung	8	
Unbemannte maritime Systeme	Einige	Kherson, Magura V5, Toloka (Über-sowie Unterwasserdrohnen)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

2 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (zurzeit nicht einsatzfähig)

2 Transportflugzeuge (eingelagert)

Mehr als 2 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

3 Transporthubschrauber

1 Ausbildungshubschrauber

Einige Drohnen (kampffähig)

Marineinfanterie:

Einige schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Mehr als 43 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Artilleriegeschütze (gezogene und selbstfahrende sowie Mehrfachraketenwerfer)

Einige Panzerabwehrgeschütze

Einige Luftabwehrgeschütze

Küstenschutz:

Einige Schiffsabwehrraketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die ukrainische Marine ist mit Abstand die kleinste Teilstreitkraft innerhalb der Armee. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft sowohl bei der Küstenverteidigung, bei Unterstützungsaufgaben und bei Kampfeinsätzen im Rahmen multinationaler und NATO-geführter Missionen begrenzt demonstriert. Viele Schiffe waren jedoch aufgrund ihres allgemein schlechten Zu-

stands kaum zu nutzen. Wie beim Heer stammte auch bei der Marine die Ausrüstung größtenteils aus Zeiten der Sowjetunion; die meisten Schiffe wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut, einige wenige Schiffe in den 1990er Jahren. Bereits ein Bericht über den technischen Zustand der Schiffe aus dem Jahr 2005 kam zu dem Schluss, dass fast alle generalüberholt und modernisiert werden müssten. Seither gab es nur eine relativ überschaubare Anzahl an Neuanschaffungen, wie eine 2009 beschaffte Korvette. Im Zuge der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 wurde allerdings ein großer Teil der Ausstattung der ukrainischen Marine durch russische Truppen beschlagnahmt, darunter unter anderem 20-25 Schiffe. Nur einige dieser beschlagnahmten Schiffe wurden später zurückgegeben. Generell legte die Annexion der Krim die Schwäche der ukrainischen Streitkräfte offen. Das Schwarze Meer spielt eine wichtige geostrategische Rolle für die Ukraine. Dennoch verfügte das Land weder über die nötigen Seestreitkräfte noch über eine kohärente Strategie, um den Küstenschutz gewährleisten zu können.

Pläne der Regierung die Marine zu stärken, sehen vor langfristig Schiffe für die Flotten im eigenen Land zu produzieren und mit modernerer Technik aus dem Ausland auszustatten, um sie damit auf NATO-Standard zu bringen. Seit 2018 wurden daher bspw. fünf gebrauchte Patrouillenboote (Island) aus den USA importiert, 2022 außerdem zwei gebrauchte Minenjagdboote (Sandown) aus Großbritannien. Derzeit werden zudem 20 neuwertige FPB-98 Patrouillenboote aus Frankreich importiert (bisher 17 von 20 ausgeliefert, teilweise in Lizenz in der Ukraine produziert). Derzeit stehen außerdem noch zwei türkische MilGem Fregatten sowie fünf gebrauchte Minenabwehrschiffe, zwei aus den Niederlanden und drei aus Belgien, zur Lieferung aus. Im Jahr 2020 genehmigte das US-Außenministerium zudem den Verkauf von 16 Mark VI Patrouillenbooten im Wert von 600 Millionen US-Dollar. Dieser umfasst neben besagten Booten auch verschiedene Waffen, Sensoren und Kommunikationsgeräte für diese. Die SIPRI-Datenbank listet derzeit allerdings nur eine Bestellung über acht Boote im Wert von 100 Mio. Dollar, die ab 2026 geliefert werden sollen.

In Ermangelung an einer herkömmlichen Marine mit bemannten Hauptkampfschiffen (derzeit sind keine Fregatte, keine Korvette und kein amphibisches Angriffsfahrzeug in Dienst) setzte die ukrainische Marine seit Ausbruch des Krieges 2022 vermehrt auf unbemannte Systeme. Im August 2023 gab Präsident Zelensky die Gründung einer neuen Marineeinheit – der 385. Brigade – bekannt, die ausschließlich zum Einsatz unbemannter Seedrohnen bestimmt ist. Zudem erklärte Ukraines stellvertretender Ministerpräsident Mikhail Fyodorov 2023, dass die Ukraine die Serienproduktion unbemannter Seedrohnen begonnen habe. Wie viele dieser Systeme derzeit im Einsatz sind ist nicht bekannt.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	Ca. 43	
Erdkampfflugzeuge	Ca. 15	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärungsflugzeuge	Ca. 11	Davon ca. 8 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Ca. 27	
Transportflugzeuge	29	Davon 7 nicht einsatzfähig
Hubschrauber (Command & Control)	Mehr als 2	
Mehrzweckhubschrauber	17	
Transporthubschrauber	24	
Luftabwehr	321	
Raketen	Einige	
Drohnen	Einige	u. a. kampffähige (Bayraktar TB2)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 3

Weitere Luftwaffeneinheiten

Luftlandetruppen:

Mehr als 12 schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Mehr als 643 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige NBC-Abwehrfahrzeuge

Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge

Einige tragbare Panzerabwehrraketen

Einige Artilleriegeschütze, Mehrfachraketenwerfer und Mörser

Einige Luftabwehrgeschütze und -raketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Wie auch die anderen Teilstreitkräfte verfügte die Luftwaffe über größtenteils ehemaliges sowjetisches Kriegsgerät. Die Modernisierung eines Teils der Luftwaffe wurde von einem stetigen Abbau der allgemeinen Kapazitäten begleitet. Über die genaue Anzahl der Flugzeuge gibt es unterschiedliche Angaben. Frühere Berichte gingen von etwa 800 Flugzeugen aus. Im Jahr 2006 begannen umfangreiche Maßnahmen, alte Flugzeuge außer Betrieb zu nehmen und mit den freigesetzten Ressourcen durch Einsparungen bei Instandhaltung die Luftab-

wehr und die Kommunikationsausrüstung zu modernisieren. Bereits ein Jahr zuvor verabschiedete die Regierung einen Plan, die veraltete Flotte der Kampfflugzeuge mit neueren Modellen zu ersetzen oder ein neues eigenes Kampfflugzeug zu entwickeln. Seit 2014 hat die ukrainische Luftwaffe aber auch mehrere Flugzeuge und Hubschrauber in den Kämpfen im Donbass verloren. 2021 befanden sich etwa noch 124 kampffähige Flugzeuge im Einsatz – im Jahr 2024 sollen es nur noch rund 66 gewesen sein.

Allerdings erhielt die Ukraine insb. seit 2022 auch eine ganze Reihe von Luftfahrzeugen und Drohnen. Kroatien übergab bspw. insgesamt 14 gebrauchte Mi-8- und Mi-17-Transporthubschrauber sowie zwei gebrauchte An-32-Transportflugzeuge, Tschechien stellte acht gebrauchte Mi-24-Kampfhubschrauber sowie 22 neuwertige One-150-Drohnen bereit, die teilweise von Deutschland und Luxemburg finanziert wurden. Dänemark, die Niederlande und Norwegen sagten die Lieferung von F-16C-Kampfflugzeugen zu (Dänemark 19, die Niederlande 24, Norwegen bislang sechs; alle gebraucht). Hiervon sollen bis Ende 2024 laut SIPRI etwa 26 in der Ukraine eingetroffen sein. Zudem lieferten insb. Frankreich, Lettland, Portugal, die Slowakei, Großbritannien, USA und weitere Staaten Transporthelikopter verschiedener Typen, Polen und die Slowakei weitere gebrauchte Kampfflugzeuge (insgesamt 27 MiG-29) und vor allem die Türkei kampffähige Drohnen (schätzungsweise 80 Bayraktar TB2, wobei diese auch mittlerweile direkt in der Ukraine in Lizenz gebaut werden).

Wichtige ausstehende Lieferungen sind insb. die weiteren F-16 von denen insgesamt 80, u. a. auch aus Belgien, geliefert werden sollen. Schweden kündigte zudem 2024 an zwei Saab 340 AEW&C (Airborne Early Warning and Control) Flugzeuge an die Ukraine abgeben zu wollen. Zusammen würden diese Flugzeuge die ukrainischen Fähigkeiten verbessern, den eigenen Luftraum zu sichern. Derzeit werden weiterhin ukrainische Pilot:innen und Service-Techniker:innen an den F16 geschult.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

Einige schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Panzerabwehrraketen

Artillerie- und Luftabwehrgeschütze und -raketen

24 Transportflugzeuge

14 Transporthubschrauber

Grenzschutz:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge

3 Luftverteidigungsgeschütze

Maritimer Grenzschutz:

21 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff
 Einige Transportflugzeuge
 Einige Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 5

Peacekeeping

Die Ukraine beteiligt sich derzeit an keinen Peacekeeping-Missionen mehr.

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war als fester Bestandteil in die Gesellschaft integriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es zu umfassenden und weitreichenden finanziellen Kürzungen, wodurch sich viele Soldat:innen mit einer völlig neuen sozialen Realität konfrontiert sahen. Der Staat stand vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine ukrainische Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen sollte. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates zu nutzen. Damit einhergehend sollte innerhalb der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Aufgaben des Militärs geschaffen und seine Akzeptanz, die durch einen zeitweisen Prestige- und Autoritätsverlust stark eingeschränkt war, erhöht werden. Erschwert wurde dieses Anliegen durch soziale Probleme, wie ein zu niedriger Sold, sowie die desolate Wohnungslage für viele Militärangehörige und ihre Familien. Bis Anfang 2008 hatten immer noch mehr als 50.000 Militärs keine Wohnung. Für die Folgen dieser Missstände, sowie Alkoholismus, Befehlsverweigerung oder Korruption, hatte die politische Führung noch keine umfassende Lösung gefunden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes war lange Zeit die Wehrpflicht. Innerhalb der Gesellschaft herrschte die Ansicht, dass die Armee die Soldat:innen nicht ausreichend trainiert und ausbildet, bedingt durch die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte. Doch nicht nur die schlechte Bezahlung hielt viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Viele Ukrainer:innen sahen das Militär nicht mehr als Institution, die Werte und „patriotische Pflichten“ vermittelt. Die Wehrpflicht wurde deshalb 2013 abgeschafft, in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 jedoch wieder eingeführt. Der Staat hatte, trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen (z. B. bzgl. Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige), bis zuletzt jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften.

Dies änderte sich mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 zunächst dramatisch, da sich in den ersten Kriegswochen tausende Ukrainer:innen freiwillig zur Landesverteidigung in den Streitkräften bzw. den Kräften der Territorialverteidigung meldeten und die Regierung ein Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren verhängte und diese teils nach Bedarf einzog. Eine flächendeckende gesellschaftliche Mobilisierung blieb, trotz

der Ausrufung der allgemeinen Mobilisierung, bisher aus. Um zunehmenden Mobilisierungsproblemen zu begegnen wurde 2024 das Wehrgesetz geändert und das Mobilisierungsalter von 27 auf 25 Jahre reduziert. Männer ab 18 sind zudem nun zu einem Grundwehrdienst verpflichtet, dürfen aber nach wie vor nicht eingezogen werden. 18 bis 25-jährige dürfen sich aber freiwillig zum Dienst melden. Ursprünglich geplante Bestimmungen, wonach Soldat:innen nach drei Jahren aktivem Kampfeinsatz entlassen werden sollten, haben letztlich keinen Eingang gefunden, was auf breite Kritik stieß. Zudem stellen Botschaften im Ausland fortan keine Ausweisdokumente mehr aus, so dass dort lebende Männer gezwungen sind, wieder ins Land einzureisen, von wo sie dann nicht mehr ausreisen dürfen. Der ukrainische Geheimdienst schloss zudem zuletzt mehrere Telegramm-Kanäle und verhaftete ihre Betreiber:innen, die über Möglichkeiten zur Umgehung der Rekrutierung informierten. Kriegsdienstverweigerern droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, teilweise werden sie in der Öffentlichkeit von „Wehrpflichtpatrouillen“ aufgegriffen und gewaltsam in Gewahrsam genommen. Die ukrainische Armee rekrutiert kaum Frauen. Der Anteil der Frauen an den Streitkräften beträgt derzeit rund 7 - 9 Prozent. Januar 2024 sollen fast 67.000 Frauen in den Streitkräften gedient haben, etwa 4.000 Frauen sind an der Front eingesetzt. Grund für geringe Eintritt von Frauen sind unter anderem unzureichende Strukturen (Passformen von Ausrüstungen; fehlende spezifische Schulungen, fehlende Melde- und Schutzsysteme für Übergriffe etc.).

Einer aktuellen Gallup-Umfrage ([Juli 2025](#)) zufolge ist die Unterstützung für den Krieg bereits 2024, ziemlich deutlich aber im Jahr 2025 in allen Teilen der Gesellschaft eingebrochen. Nur noch 24 % der Befragten stimmen noch der Aussage zu, die Ukraine solle bis zum Sieg weiterkämpfen – 69 % präferieren hingegen mittlerweile eine Verhandlungslösung. Damit haben sich die Zustimmungswerte im Vergleich zu 2022 nahezu ins Gegenteil verkehrt (73 % zu 22 %). Das Militär an sich genießt aber weiterhin ein sehr hohes [Ansehen](#): 90 % der Befragten geben an, Vertrauen in die Streitkräfte zu haben. 2015 lag dieser Wert noch bei 47 %, erreichte aber bereits 2023 mit 95 % seinen Höchstwert.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	3,6	3,7	3,2	8,5	8,8

Quelle: IMF Government Finance Statistics.
<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die unter anderem für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die Polizei (ehemals „militsiya“, seit Reformen 2015 in Reaktion auf den Euromaidan allerdings durch die „Nationalpolizei“ ersetzt) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten, u.a. eine Kriminalpolizei, eine „patrol-police“ (Streifenpolizei für öffentliche Ordnung), Spezialeinheiten der Polizei sowie schnelle Eingreiftruppen (bspw. für Geiselnahmen) und Pre-Trial Investigative Service (u. a. für Steuervergehen). 2024 soll sie rund 100.000 Mitarbeiter:innen gehabt haben. Trotz der Post-Euromaidan-Reformen gilt die Polizei weiterhin als korrupt und genießt deutlich geringeres Vertrauen als die Streitkräfte. Daten des World Value Survey ([Befragungswelle 2017 – 2022](#)) zufolge geben 38 % der Befragten an, nicht viel Vertrauen, bzw. überhaupt kein Vertrauen (21 %) in die Polizei zu haben. Allein im Jahr [2020](#) wurden noch 64 Fälle von schweren Verbrechen durch Polizist:innen dokumentiert – unter anderem Folter, Vergewaltigung und Mord.

Daneben existierten – ebenfalls bis zur Post-Maidan-Reform – sog. „interne Truppen“ (VV – Vnutrisni Viys'ka Ukrayiny), die zwar militärisch organisiert waren, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstanden. Auch diese wurden 2015 aufgelöst und durch die Nationalgarde ersetzt. Diese umfasste 2024 ebenfalls rund 100.000 Mitarbeiter:innen, untersteht ebenfalls dem Innenministerium, ist auch weiterhin militärisch organisiert und in fünf territoriale Kommandos unterteilt. Sie gilt in Kriegszeiten als militärisch mobilisierbare Einheit, hat für gewöhnlich aber Strafverfolgungsbefugnisse und geht u. a. gegen Bandenkriminalität oder paramilitärische bewaffnete Gruppen vor und hat auch den Grenzschutz sowie den Schutz kritischer Infrastruktur (etwa Atomkraftwerke) zur Aufgabe.

2023 wurde mit der „Offensivgarde“ eine übergreifende Einheit für Angehörige der Nationalgarde, der Nationalpolizei sowie der Grenzschutztruppen gegründet. Sie ist in Brigaden organisiert, untersteht ebenfalls dem Innenministerium und konnte innerhalb weniger Tage mehrere Tausend freiwillige rekrutieren.

Nach der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB, entstand in der Ukraine der Inlandsgeheimdienst SBU. Wesentliche Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität, der staatlichen Interessen, des wissenschaftlichen (Rüstungs-)Potentials und der Verfassung. Als Strafverfolgungsbehörde bekämpft der SBU ebenfalls organisierte Kriminalität und Terrorismus. Er ist direkt dem:der Staatspräsident:in unterstellt und unterliegt der parlamentarischen Kontrolle, die jedoch nur bedingt ausgeübt wird und wenig effektiv ist. Dieser Mangel und die Größe des Geheimdienstes (bis zu 30.000 Beschäftigte) scheinen seinen Missbrauch durch die jeweiligen Regierungen zu begünstigen. Berichten zufolge wurde er immer wieder zur Unterdrückung der Opposition sowie zur Beeinflussung regimiekritischer Journalist:innen und Medien genutzt. Zuletzt fokussierte sich der SBU insbesondere auf Korruptionsbekämpfung. Es bestehen jedoch einige strukturelle sowie gesetzliche Defizite, die einen erfolgreichen Kampf erschweren. Generell vertraut die Bevölkerung dem Inlandsgeheimdienst bei der Korruptionsbekämpfung jedoch mehr als der Polizei. Während das Militär sich weitestgehend aus politischen Prozessen heraushält und eine neutrale Position einnimmt, beeinflussen viele Sicherheitskräfte diese indirekt mit Hilfe von Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung oder durch kriminelle Aktivitäten.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sich die Ukraine schnell bereit erklärt, dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutreten und alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben, was 1996 erfolgreich abgeschlossen wurde. Mit Hilfe der USA hat die Ukraine bis 2001, wie im Start I Vertrag vorgesehen, sämtliche strategischen Bomber, Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen und strategische Marschflugkörper abgerüstet bzw. zerstört. Dennoch lieferten ukrainische Unternehmen Mittelstreckenraketen, auch für den Einsatz mit Nuklearsprengköpfen, an den Iran und nach China. Die Ukraine verfügt noch immer über ein Arsenal an Streumunition und betrachtet diese als legitime Waffe. Sie ist daher dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 nicht beigetreten und ukrainische Streitkräfte sollen diese Waffe laut dem [Cluster Munition Monitor 2022](#) im Abwehrkampf gegen Russland mindestens drei Mal eingesetzt haben, was von offizieller Seite auch nicht dementiert wurde. Russland soll in diesem Konflikt auch neu entwickelte Streumunition eingesetzt haben. Ukraine verzeichnete das zweite Jahr in Folge die meisten Toten durch Streumunition auf der Welt. Seit der Lieferung von Streumunition durch die USA Mitte 2023 verwendet auch die Ukraine regelmäßig Streumunition.

Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert. Gegen die Ukraine ist derzeit kein Waffenembargo von Seiten der UN, EU oder OSZE verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

The human rights situation in territories occupied by Russia at the time of writing, including Crimea and parts of Donetsk, Kherson, Luhansk, and Zaporizhzhia Oblasts, are covered in a separate subreport. The main body of this report covers the human rights situation in Ukrainian government-controlled territory as of the end of 2023; thus, abuses committed by Russia's forces on territory liberated from Russian control during the reporting period are included in the main body of this report. In February 2022, the President of the Russian Federation, Vladimir Putin, launched an unlawful and unprovoked full-scale invasion of Ukraine, which was marked by pervasive war crimes, crimes against humanity, and other atrocities committed by members of Russia's forces. Throughout 2023, Russia's forces launched constant attacks on civilians and civilian infrastructure. Russia's forces continued to conduct hostilities, including launching missile and drone strikes throughout Ukraine, hitting multifamily residences and critical infrastructure, including power, water, and heating facilities. The UN Office of the High Commissioner for Human Rights noted that widespread attacks by Russia's forces against critical infrastructure during the coldest months of the year caused the humanitarian situation to further deteriorate, leading to mass

displacement of civilians.

Significant human rights abuses committed by Russia's forces in areas that were under Russian control involved severe and wide-ranging cases and included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture and cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees, particularly during "filtration" operations involving interrogation, torture, forced separation of families, forced transfer, deportation, and wrongful adoption of Ukraine's children to Russian families; arbitrary or unlawful interference with privacy; punishment of family members for alleged offenses by a relative; serious abuses in a conflict, including reportedly widespread civilian deaths, enforced disappearances and abductions, torture, and physical abuses; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, and the existence of criminal libel; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive "laws" on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; severe restrictions of religious freedom; restrictions on freedom of movement; inability of citizens in Russia-occupied territories to be governed by a government of their choosing via free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious corruption; serious restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; extensive gender-based violence including rape; crimes involving violence or threats of violence targeting members of national/racial/ethnic minority groups, or members of Indigenous groups, including Crimean Tatars and ethnic Ukrainians; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transexual, queer, intersex, or other sexual minority persons; and the existence of the worst forms of child labor. (See Russia-occupied areas section for abuses committed by Russian military, security, and proxy forces in those territories Russia occupied at year's end.)

There were also significant human rights issues involving Ukrainian government officials, although not comparable to the scope of Russia's abuses, which included credible reports of: enforced disappearance; torture and cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; restrictions on freedom of expression, including for members of the media, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, and censorship; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedoms of peaceful assembly and association; restrictions on freedom of movement; serious government corruption; extensive gender-based violence; systematic restrictions on workers' freedom of association; and the existence of the worst forms of child labor. Some of these human rights issues stemmed from martial law, which continued to curtail democratic freedoms, including freedom of movement, freedom of the press, freedom of peaceful assembly, and legal protections. The government often did not take adequate steps to identify and punish officials who may have committed abuses.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/ukraine/>

Box 7**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025**

Civilian casualties, including children and older people, increased, as Russian forces used indiscriminate weapons, damaged critical civilian infrastructure and appeared to deliberately target civilians. Executions, torture and other ill-treatment of civilian detainees and prisoners of war took place in the Russian-occupied territories, where the repression of non-Russian identities continued. Under martial law, the Ukrainian authorities restricted the rights to freedom of expression and religion. Prosecutions continued against conscientious objectors to compulsory military service. Ukraine's progress on gender-based violence and LGBTI people's rights remained limited.

Quelle: Amnesty International Report 2025

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 8**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 28/60

Politische Rechte: 23/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (51/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

The Russian armed forces launched an illegal all-out invasion of Ukraine in February 2022, inflicting massive civilian and military casualties and destroying civilian infrastructure. President Volodymyr Zelenskyy declared martial law immediately after the invasion. Under this designation, scheduled parliamentary and presidential elections have been postponed and other rights remain restricted. The current administration has enacted a number of positive reforms as part of a drive to strengthen democratic institutions, but the country still struggles with corruption in the government, the judiciary, and other sectors.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2024>

Kommentar

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Einschränkungen betrafen dann jedoch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner:innen verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Der Inlandsgeheimdienst betrieb darüber hinaus eine Kampagne der Einschüchterung. Während die Ukraine seit den Protesten gegen das Regime Janukowitschs und dessen Absetzung 2014 einige

Reformen durchgeführt hat, die auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beigetragen haben, bestehen zahlreiche Probleme weiter und es kommt zu Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel willkürlichen Verhaftungen und Folter. Auch die Straffreiheit von Sicherheitskräften bleibt weiterhin ein großes Problem.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation in der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Nur in seltenen Fällen kommt es zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Verbrechen durch die ukrainische Justiz. Es herrscht auch hier weitestgehend ein Klima der Straflosigkeit. Im Zuge des Kriegs mit Russland hat die geschlechterspezifische Gewalt zugenommen. Die Fälle häuslicher Gewalt, gemeldet bei der Nationalpolizei der Ukraine, stiegen im Vergleich für den Zeitraum Januar bis Mai vom prä-Konflikt Jahr 2021 und 2023 um ca. 160.000. Zusätzlich erfahren Frauen auf dem Fluchtweg, insbesondere an Grenzübergängen und in Flüchtlingsunterkünften, geschlechterspezifische Gewalt. Zu sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt gibt es keine verlässliche Zahlen, jedoch muss davon ausgegangen werden, dass sexuelle Gewalt gezielt als militärische Waffe eingesetzt wird. Ziel werden hier hauptsächlich Mädchen und Frauen, aber auch weitere vulnerable Gruppen. Gerade für LGBTQIA+ Menschen besteht angesichts der homophoben und transfeindlichen LGBTQIA+ -Politik Russlands ein besonderes Risiko. Sie sehen sich wieder psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt. Sonstige sichere Anlaufstellen und queerfreundliche Umgebungen sind durch den Krieg kaum noch vorhanden, was die Diskriminierung und Stigmatisierung aufgrund höherer Sichtbarkeit und Vulnerabilität fördert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The full-scale Russian war of aggression has split Ukraine's story into the periods before and after February 24, 2022. Ukraine's resilience in fighting for its sovereignty and free democratic future triggered a tectonic shift in its relations with the EU, granting the country candidate status. An international coalition, comprising democratic states, has been formed to support Ukraine and provide it with humanitarian, fiscal and military assistance on an unprecedented scale. However, the needs have remained even higher. At some point, Russia occupied up to one-fifth of Ukraine's territory, devastating entire areas with continuous artillery shelling. Russian missiles targeted civilian infrastructure, residential areas, medical facilities and educational facilities. By the end of 2022, one-fifth of the population lived in poverty (an increase from just 2% the previous year), one-third were unemployed (an increase from 9%), and 40% were in need of humanitarian assistance.

[...]

Within Ukraine, societal support for EU and NATO membership has reached new highs, with over 80% of the population in favor. One major societal divide, attitudes toward Russia, has vanished as society has united against Russia's full-scale war. Since February 2022, about three-fourths of the people have repeatedly expressed their belief that the country is moving in the right direction, compared to just a quarter who felt that way in December 2021. Support for President Zelensky has returned to levels not seen since his resounding victory in 2019. The influence of anti-democratic actors has weakened, particularly those

with strong ties to Russia. Concurrently, civil society and social capital have significantly gained strength. The EU candidate status not only provides a clear and commonly shared anchor but also defines the reform path. The acceleration of judiciary reform, new laws on media and national minorities, and unblocked institutional changes in anti-corruption bodies can be attributed to Ukraine's ambition to join the EU. Sectoral integration with the European Union has also progressed. In March 2022, Ukraine joined the European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E), while in October, the country became part of the European common transit system. The structural reforms carried out since 2014 have proven their worth. In 2022, the Ukrainian state has remained fully operational, with the authorities exercising full control over all territories. Thanks to a substantial overhaul of the banking sector, the banking system has remained stable amid the war. Consumer inflation, although accelerating, has stayed lower than during the previous crisis episode of 2014/2015. Pensions and social payments have been carried out without noticeable delays. E-government has helped people access public services despite widespread displacement.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/UKR>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte die Ukraine 35 von 100 möglichen Punkten (2023: 36 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Serbien. Deutschland erreichte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

Im November 2013 markierten Proteste in der Bevölkerung den Beginn einer Staatskrise. Auslöser für die Protestbewegungen („Euromaidan“) war die Nichtunterzeichnung eines seit 2007 verhandelten Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, welches auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert wurde. Kern des Abkommens ist ein umfassendes Freihandelsabkommen, das die nahezu vollständige Öffnung des jeweiligen Binnenmarktes für den Kooperationspartner vorsieht. Im November 2013 lehnte der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, die Vertragsunterzeichnung allerdings überraschend ab – zum Unmut eines großen Bevölkerungsanteils. In der Folge kam es zu den Protesten auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan Nesaleshnosti“), der erstmals am 29./30. November mit brutalen Mitteln durch eine Sonderpolizeieinheit geräumt wurde. Es folgten landesweite Massenproteste, die Janukowitsch wiederum gewaltsam unterdrücken ließ. Nachdem die ersten Aktivist:innen ums Leben kamen, antwortete der Euromaidan mit Gegengewalt, welche jedoch vornehmlich von Anhänger:innen des „Rechten Sektors“ (Prawyj Sektor) ausgingen. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Gebäudebesetzungen seitens der Demonstrierenden sowie massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte.

Zu dem Zeitpunkt galt die territoriale Integrität des Landes bereits als gefährdet, was insbesondere auf der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim sichtbar wurde. Dort übernahmen am 27. Februar 2014 bewaffnete Akteure, darunter viele russische Soldat:innen ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle; besetzten Flughäfen, Regierungsgebäude und Truppenstützpunkte, während das prorussische Parlament zeitgleich, unter Anwesenheit bewaffneter Personen, die Regierung absetzte. Eine Volksbefragung zum zukünftigen Status der Krim wurde eingeleitet und am 16. März stimmte die Mehrheit der Krim-Bewohner:innen für den

Beitritt zu Russland. Da offizielle, von Russland bekanntgegebene Zahlen jedoch nicht unabhängig überprüft werden konnten und sie zudem widersprüchlich waren, ist die Legitimität der Abstimmung stark in Frage gestellt. Anfang April kam es infolge dieser Ereignisse auch im Osten des Landes zu Unruhen, wo Aktivist:innen in den Millionenstädten Charkiw und Donezk ebenfalls Referenden über eine Abspaltung forderten und Regierungsgebäude besetzten. Die Unruhen im Land beschädigten das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine schwer, beschuldigte letztere doch Moskau Provokateur:innen in die Ukraine zu schleusen, welche die Unruhen unterstützten. So soll etwa der separatistische Kommandeur Igor Girkin dem russischen Militärgesamtdienst GRU angehören.

Am 18. April 2014 einigten sich die USA, Russland, die Ukraine und die EU schließlich auf einen Friedensfahrplan unter der Voraussetzung, dass die Separatist:innen in der Ostukraine die besetzten Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen. Da diese Anweisung allerdings missachtet wurde, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Dies wiederum veranlasste Russland, die militärische Präsenz auf ukrainischem Territorium auszubauen. Am 11. Mai stimmten auch die Provinzen Luhansk und Donezk (Ostukraine) in einem Referendum über eine Abspaltung ab, die durch 89 Prozent der Wähler:innen befürwortet worden sein soll. Die separatistischen Führungsfiguren erklärten die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die von der EU und den USA nicht anerkannt, von russischer Seite hingegen bestätigt wurden. Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ost-Ukraine vor. Eine OSZE-Mission sollte die Waffenruhe überwachen. Dennoch kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Daran änderte auch der erneuerte Waffenstillstandsvertrag vom 12. Februar 2015 (Minsk II) nicht viel, zu dessen Scheitern die OSZE die Separatist:innen verantwortlich machte. Auch in den Jahren 2016 bis 2018 kam es immer wieder zu Verletzungen des Waffenstillstands.

Im April 2019 wurde dann Wolodymyr Selenskyj zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Im Dezember 2019 kam es in Paris zu erneuten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, um unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland einen dauerhaften Waffenstillstand zu erzielen. Im Zuge des Führungswechsels in Kiew konnten bereits ein beidseitiger Gefangenenaustausch, die Rückgabe von Patrouillenbooten sowie eine Truppenentflechtung (Rückverlegung von 1000 Metern, Minenräumung) ausgehandelt werden. Im Sommer 2020 konnte erneut ein Waffenstillstand ausgehandelt werden. Allerdings kam es schon nach kurzer Zeit wieder zu Verletzungen desselben. Allerdings ging deren Anzahl im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurück. So reduzierte sich deren Zahl nach Angaben der OSZE nach dem in Minsk vereinbarten Waffenstillstand ab dem 27. Juli für die Monate August, September und Oktober 2020 um 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Fernziel blieb die Umsetzung des Minsker Abkommens.

Im Jahr 2021 kam es zweimal zu massiven Truppenmassierungen in der Nähe der ukrainischen Grenze. Berichten zufolge sollen allein zwischen November und Dezember zwischen 70.000 und 100.000 Soldat:innen, schweres Kriegsgerät sowie medizinische Versorgungseinrichtungen und entsprechende Logistik auf russischer Seite in die Grenzregion gebracht worden sein. Von Seiten der Nato wurde die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in Alarmbereitschaft versetzt, um einen möglichen Angriff auf die Ukraine begegnen zu können. Hintergrund für die russischen Truppenaufstockungen soll die mangelnde Bereitschaft Kiews sein, die Minsker Vereinbarung umzusetzen. Diese würde beinhalten, dass die Ukraine

zwei separatistisch kontrollierte Regionen unter „Sonderstatus“ wieder aufnimmt – was aus Sicht Kiews eine Untergrabung ihrer Souveränität bedeuten würde. Zudem forderte der russische Präsident Putin Garantien, dass die Nato nicht weiter gen Osten erweitert werden soll. Die Ukraine und Georgien sind derzeit um einen Beitritt bemüht.

Seit der russischen Invasion befindet sich das Land im Kriegszustand und hat die Generalmobilisierung verkündet. Schätzungen zufolge könnten im Zuge des Krieges bisher mehr als 500.000 russische sowie ukrainische Soldat:innen getötet worden sein. Die Zahl der verifizierten getöteten Zivilist:innen liegt nach Angaben des [OHCHR](#) (Stand: 11.09.2023) bei mindestens 9.614; die Dunkelziffer ist jedoch sehr hoch. Im Oktober 2023 waren zudem rund [6,2 Millionen](#) Menschen ins Ausland geflüchtet (davon rund 5,8 Millionen, die in Schutzprogrammen von EU-Ländern registriert waren).

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Ukraine liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Belarus, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Seit sich die Halbinsel am 2. März 2014 von der Ukraine abgespaltete und für unabhängig erklärte gilt ihre völkerrechtliche Zugehörigkeit für die internationale Gemeinschaft mehrheitlich als rechtswidrig. Ein Referendum am 16. März 2014 bestätigte anschließend die Angliederung an Russland, woraufhin die Republik Krim und die Russische Föderation am 18. März 2014 einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation unterschrieben.

Politische Situation in der Region

Im Februar 2022 eskalierte der bereits lange währende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Russische Einheiten marschierten in die Ukraine ein, um ukrainische Regierung zu stürzen. Der schnelle Erfolg der russischen Armee blieb aus und der Konflikt erstarrte in einen Stellungskrieg, bei der keine Seite größere Fortschritte verzeichnen konnte. Die Ukraine erhält materielle militärische Unterstützung aus westlichen Staaten, insbesondere aus den USA aber ebenso aus Deutschland. Im Spätsommer 2023 unternahmen die ukrainischen Streitkräfte einen Offensivvorstoß um die Süd- und Ostukraine zu befreien, doch dieser Versuch scheiterte und endete mit dem Verlust der beiden strategisch wichtigen Städte Bachmut und Awdijiwka. Während die russische Armee 2024 in der Donbass Region unter hohen Verlusten einen langsamen, aber stetigen Vormarsch erzielt, gelang es der Ukraine im August 2024 in einer Überraschungsaktion einen strategischen Vorstoß in die russische Region Kursk durchzuführen und die dortige Kleinstadt Sudscha unter ihre Kontrolle zu bringen, die seither von ukrainischen Kräften gehalten wird. Darüber hinaus trat Nordkorea auf Seiten Russlands in den Krieg ein und schickte rund 10.000 Soldat:innen in die Ukraine, um dort an der Seite der russischen Truppen zu kämpfen. Die von westlicher Unterstützung abhängige Ukraine gerät aufgrund der neuen Amtszeit von US-Präsident Donald Trump und der zögerlichen Haltung anderer NATO-Staaten zunehmend unter Druck. Der mögliche Wegfall von

US-Hilfepaketen, welche durch Trump jüngst gestoppt wurden, birgt die mögliche Gefahr eines Zusammenbruchs der ukrainischen Front gegen die russischen Aggressoren.

Grenzkonflikte

Im Jahr 2009 konnte durch einen Gerichtsbeschluss des Internationalen Gerichtshof ein langer Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine beigelegt werden. Umstritten waren angrenzende Seegebiete bzw. der Zugang zum Schwarzen Meer, die zum Vorteil Rumäniens entschieden wurden. Beiden Staaten haben aber die Möglichkeit, die natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor der Entscheidung angekündigt, das Ergebnis zu akzeptieren.

Ungelöst bleibt hingegen ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer und das Schwarze Meer verbindet. Die Ukraine beansprucht aufgrund historischer Zugehörigkeit die Kontrolle über die Wasserstraße, Russland beansprucht aber de facto die Kontrolle durch die Annexion der Krim. Für Russland ist sie ein wirtschaftlich wie militärisch wichtiger Faktor. Beide Seiten verhandeln zwar seit Jahren über die endgültige Abgrenzung des Gebiets, eine Einigung konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Zusätzlich zu diesem Konflikt besteht nun der Streit um die Zugehörigkeit der Krim-Halbinsel nach der russischen Annexion sowie um die beiden Provinzen Luhansk und Donezk, welche die Ukraine als „von Russland besetztes Gebiet“ betrachtet. Wie der Krieg um genannte und weitere Gebiete der Ostukraine ausgehen wird, bleibt weiterhin offen.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Ukraine alle Nuklearwaffen im Land vernichtet und ist 1994 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Nach der Annexion der Krim durch Russland wuchs die Befürchtung, die Ukraine könnte die nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung erklärte jedoch mehrfach, dass die Ukraine frei von Nuklearwaffen bleiben soll.

Die Ukraine ist Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört.

Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages jedoch in Frage gestellt. Grundsätzlich befindet sich die Rüstungskontrolle hier in einer tiefen Krise, die sich durch den aktuellen Krieg mit Russland weiter verschärft. Wie eine zukünftige Rüstungskontrolle und Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen, spätestens nach Ende des Konflikts, ausgestaltet werden müssen, ist derzeit Bestand wissenschaftlicher und politischer Debatten.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Die Mission war mit ihrem Hauptsitz in Kiew und Teams an Beobachter:innen in den Gebieten Iwano-Frankiwsk, Lemberg und Czernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipro, Luhansk und Odessa (Südostukraine) vertreten. Die SMM sollte durch ihre Präsenz Spannungen verringern und durch ihre täglichen Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beitragen. Außerdem hatte sie die Aufgabe, die Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen sowie des Abzugs schwerer Waffen zu beobachten. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Zum 31. März 2022 wurde die Mission aufgrund des Krieges eingestellt.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist bis heute kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Das Land hat alle wichtigen Anti-Terrorismus-Konventionen unterzeichnet und betreibt aktiv die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terrorist:innen gelangen könnten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Organisierte Kriminalität ist ein großes Problem in der Ukraine. Laut einem Bericht des World Economic Forum vom November 2017 zählt die Ukraine zur Gruppe der Länder mit einem hohen Niveau an organisierter Kriminalität. Auch der Global Organised Crime Index 2022 zählt die Ukraine zu den Ländern mit hoher Kriminalität und geringer Resilienz. Es belegt hier den 34. von 193 Plätzen (wobei der letzte Platz die geringste Kriminalität bzw. ein geringes Kriminalitätsrisiko darstellt). Insbesondere der Drogen- und Zigarettenhandel floriert; zusätzlich begünstigt durch die gewaltsam ausgetragenen Konflikte im Osten des Landes und die damit verbundene Destabilisierung des Landes. Ein weiteres schwerwiegendes Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der anhaltende Menschen- und illegaler Waffenhandel. Das Land hat sich zu einem wichtigen Herkunfts-, Transit- und Zielland für Menschensmuggel entwickelt. Hinsichtlich des illegalen Waffenhandels siehe das Kapitel „[Unerlaubte Wiederausfuhr](#)“.

Die Ukraine gilt als einer der korruptesten Länder Europas. 2023 stufte der Korruptionsindex von Transparency International Ukraine auf Platz 104 von 180 ein. Das Justizsystem gilt als besonders korrupt. Anfang 2023 wurden zwei Ministerien Korruption vorgeworfen. Danach kündigte Selenskyj einen Umbau der Staatsspitze an. Darauf traten diverse Mitglieder zurück, darunter mehrere Vize-Minister, der stellvertretende Generalstaatsanwalt und der Vizechef des Präsidentenbüros. Am 23.12.2023 wurde ein hochrangiger Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums wegen Korruptionsverdacht verhaftet. Er soll rund 36 Millionen Euro beim Kauf von Artilleriemunition veruntreut haben. Der ukrainische Präsident betonte immer wieder eine konsequente Verfolgung von Korruption, auch in der Hoffnung sich für einen EU-Beitritt zu qualifizieren.

Tabelle 15**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Ukraine übermittelt regelmäßig Angaben im Rahmen des [UN-Waffenregisters](#) zu Rüstungsimporten und -exporten. So hat sie lediglich im Jahr 2011 keinen Bericht eingereicht, allerdings enthalten die eingereichten Berichte oftmals nur dürftige Informationen. Auch im Rahmen des UN-Registers über [Militärausgaben](#) berichtet das Land recht regelmäßig, zuletzt im Jahr 2020. Im August 2024 tritt die Ukraine dem Internationalen Strafgerichtshof bei. Vor der Angst, dass ihr Vorgehen gegen russische Armee als Kriegsverbrechen angeklagt wird, hielt die Ukraine in dem verabschiedeten Dokument fest, dass sie die Zuständigkeit des Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen sieben Jahre lang nicht anerkennen wird. Da das Land kein Mitglied des [Arms Trade Treaty](#) ist, bzw. diesen noch nicht ratifiziert hat, reichte es hier dementsprechend noch keinen Bericht ein. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons werden im zweijährlichen Turnus Berichte eingereicht, zuletzt 2020.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz von 2003 „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ ist die rechtliche Basis für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern und Waffen. Das Gesetz beinhaltet drei zentrale Elemente, die den Prozess bei Rüstungsexportentscheidungen leiten sollen: a) Die Anerkennung der internationalen Bemühungen bei Nichtverbreitung; b) Harmonisierung der ukrainischen Prozesse und Strukturen im Hinblick auf internationale Normen und Standards; und c) Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. In den Entscheidungsprozess einbezogen sind neben dem:der Präsident:in auch der:die Verteidigungs- und Außenminister:in, die Direktor:innen der Geheimdienste sowie der:die Direktor:in des größten staatlichen Rüstungsunternehmen Ukrspetseksport, das mit Exportgeschäften beauftragt ist.

Die Ukraine gilt als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, auch an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten. Laut ukrainischen Zeitungsberichten gelangten rund 500.000 Waffen seit dem Beginn des

Konflikts im Donbass im April 2014 auf den ukrainischen Schwarzmarkt, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die größten Quellen dieser Waffen waren sowjetische Bestände sowie Ausrüstung, die von Separatist:innen zurückgelassen wurde.

Darüber hinaus wurden Berichte bekannt, denen zufolge Waffen, die die Ukraine nach Deutschland schickt, in den Händen von syrischen Rebell:innen landen könnten und dort für „verdeckte Operationen“ verwendet werden. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag eingeräumt, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik geliefert habe. Die Außenexpertin der Linken, Sevim Dagdelen, kritisiert, dass Berlin den Verdacht nicht ausräumen könne, dass diese Waffen an islamistische „Gotteskrieger:innen“ weitergegeben worden seien, um einen Regimewechsel in Syrien zu begünstigen. Die Jamestown-Foundation, ein US-amerikanischer Think Tank, geht davon aus, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Lange Zeit waren Staatsbedienstete, Militärs, Polizeiangehörige und Mitglieder des Geheimdienstes aktiv und passiv in den illegalen Waffenhandel involviert.

Am 21.07.2022 berichteten mehrere deutschsprachige Medien zudem, dass der europäischen Polizeibehörde (Inter- bzw. Europol) Hinweise zu organisiertem Waffenschmuggel aus der Ukraine vorliegen. Derzeit ist jedoch unklar in welchem Umfang dies tatsächlich geschieht und bei wie vielen Meldungen es sich um Falschmeldungen handelt. Europäische Behörden gehen, Medienberichten zufolge, aber davon aus, dass Waffenverstecke entlang der ukrainischen EU-Grenze angelegt werden, um Schmuggel zu organisieren. Derzeit wird aber auch befürchtet, dass besonders nach Kriegsende eine Schwemme von gelieferten Klein- und Leichtwaffen auf dem Schwarzmarkt landen könnte. In Moldau, ein traditionell wichtiger Transitpunkt für Waffen des ukrainischen Schwarzmarktes, wurde unter anderem deswegen bereits ein [Zentrum](#) zur Bekämpfung organisierter Kriminalität durch die EU gegründet. Die illegale Proliferation soll in den letzten Jahren abgenommen haben, einerseits aufgrund verschärfter Kontrollen, andererseits aber auch, da alte Bestände sowjetischer Waffen immer kleiner geworden sind.

[Ein Artikel der Global Initiative Against Transnational Organized Crime](#) gab an, dass im Juni 2024 die ukrainische Strafverfolgung Flugabwehrwaffen, 23mm Zu-23-2, und US-Maschinengewehre, die ausschließlich von Spezialeinheiten genutzt werden, sichergestellt hat. Der Bericht stellt ebenfalls fest, dass der illegale Waffenhandel immer organisierter wird. So wurde im August 2024 ein Waffenhandelsring in Lviv aufgedeckt und 72 Pistolen, 20 Sturmgewehre, 29 Granaten und 49.000 Schuss Munition beschlagnahmt. Lviv ist 70 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt und nahegelegen zu einer bekannte Schmuggler Routen in der Ukraine.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The war hit the economy hard. Real GDP dropped by more than 30% in 2022, just after economic growth began picking up following the COVID-19 pandemic. International assistance has become the key to the country's survival after its defense expenses grew tenfold, reaching nearly half of the overall fiscal spending. In 2022, Ukraine received approximately \$32 billion in international funds, not including military assistance.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/UKR>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

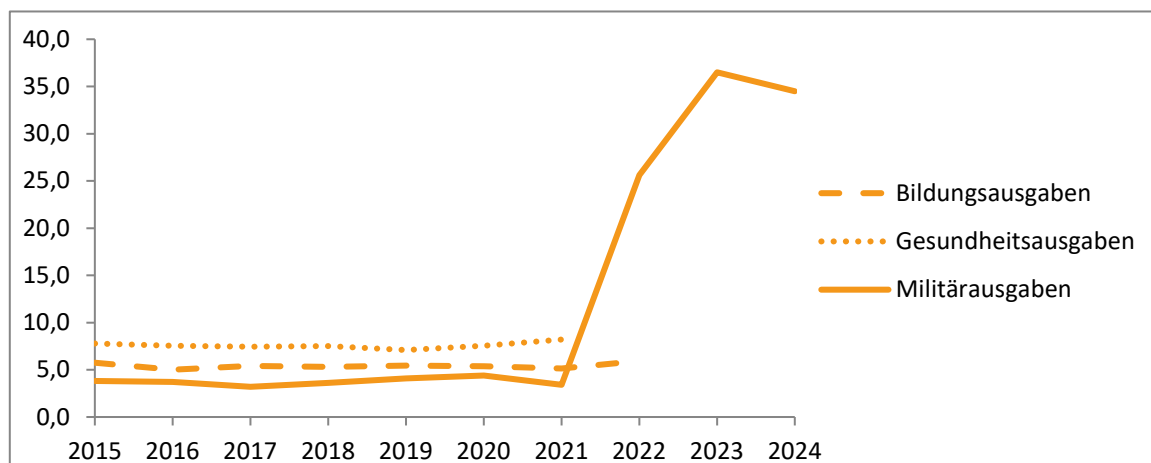
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	7436	6883	41205	64908	66784
Militärausgaben/BIP	4,4	3,4	25,6	36,5	34,5
Gesundheitsausgaben/BIP	7,6	8,2	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,4	5,1	5,9	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	125725	133406	136908	143318	176645
Anteil am BIP (in Prozent)	81,7	85,2	68,5	88,5	97,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	657,49	616,89	917,62	17807,2	-
Net ODA (% of GNI)*	0,4	0,37	0,47	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	212,87	186,19	209,39	2021,21	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	170.8	183.2	171.2	315.5	351.1
Index-Platzierung	19	17	19	1	1

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
Belarus	Militarisierungswert	176.2	176.1	176.6	182.4	186.4
	Index-Platzierung	17	18	18	17	18
Polen	Militarisierungswert	129.4	130.4	129.9	125.7	141.9
	Index-Platzierung	49	49	50	48	32
Rumänien	Militarisierungswert	137	140.5	138.7	136.9	137.3
	Index-Platzierung	39	38	40	38	39
Russland	Militarisierungswert	208.1	208.9	202.8	210.8	215.5
	Index-Platzierung	9	9	12	7	6
Slowakei	Militarisierungswert	111.8	116.9	112.6	112	115
	Index-Platzierung	66	58	61	61	60
Ungarn	Militarisierungswert	100.9	108.8	102.9	107.3	112.1
	Index-Platzierung	78	70	76	68	65

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Belarus	Militärausgaben (absolut)	1043	1095	1242	1579	1725
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,4	1,6	2,0	2,1
Polen	Militärausgaben (absolut)	16980	17836	18057	26343	34488
	Militärausgaben/BIP	2,3	2,2	2,2	3,3	4,2
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	6188	6053	5872	5628	8066
	Militärausgaben/BIP	2,0	1,8	1,8	1,6	2,3
Russland	Militärausgaben (absolut)	67316	68650	88877	109204	67316
	Militärausgaben/BIP	4,1	3,6	4,6	5,4	7,1
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	2495	2351	2368	2442	2769
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,7	1,8	1,8	2,0
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	3404	2776	4021	4355	4718
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,3	1,8	2,0	2,2

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,789	0,783	0,772	0,772	0,779

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 5.070 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „Upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Folgen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft in hohem Maße von internationaler finanzieller und militärischer Unterstützung anhängig sein wird. Mit einem HDI-Wert von 0,734 gilt die Ukraine

als Land mit hoher menschlicher Entwicklung, liegt im regionalen Vergleich hinter seinen Nachbarländern. Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führte zur Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) sowie großen Teilen der Agrarproduktionsflächen. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden aktuell von der EU auf 486 Mrd. US-Dollar beziffert. Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hatte zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land in den vergangenen Jahren bereits zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählte. Im Zuge des Krieges militarisierte sich die Ukraine, die bereits in den Vorjahren zu den am stärksten militarisierten Ländern gehörte, nochmals deutlich und belegt aktuell im Globalen Militarisierungsindex den ersten Platz.

Hinsichtlich der desaströsen (und zum Teil unklaren) wirtschaftlichen und sozialen Lage sind Investitionen in Rüstung und Waffen als möglicherweise kritisch zu betrachten. Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes sieht jedoch vor, dass eine Abwägung zwischen, den legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnissen und der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes vorzunehmen ist. Angesichts der russischen Aggression hat die Ukraine nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen das legitime und unbestrittene Recht zur Selbstverteidigung. Zentral für die Bewertung von Exporten ist darüber hinaus die Finanzierung der Militärhilfen. Bis dato wurde der überwiegende Teil der deutschen militärischen Hilfen über die sogenannte Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung (2023 waren dafür rund 2,2 Milliarden Euro veranschlagt) und die Europäische Friedensfazilität finanziert, oder speiste sich direkt aus Beständen der Bundeswehr. Nur in Ausnahmefällen wurden für die bisher erfolgten Exporten an die Ukraine Arbeitskräfte oder wirtschaftliche Ressourcen der Ukraine aufgewandt

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 5.700 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „Upper-middle income country“ und mit einer Auslandsverschuldung von 86 % am BIP im Jahr 2022 als hoch verschuldet – im Zuge des russischen Angriffskrieges dürfte dieser Wert aber nochmals enorm gestiegen sein. Ende November 2024 beliefen sich allein die Schulden beim Internationalen Währungsfonds auf rund 10,6 Mrd. US-Dollar. Im Global Competitiveness Index 2019 erlangte das Land den 85. Platz und gilt mit einem Wert von 57 als mittelmäßig wettbewerbsfähig. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei machen 2023 rund 7,4 % des BIPs aus, was keine gefährlich hohe Abhängigkeit von diesem Sektor (etwa in Hinsicht auf Dürren oder andere Naturkatastrophen) bedeutet. Das Land weist eine mittelhohe wirtschaftliche Diversifizierung auf, auch im Hinblick auf den Exportsektor, welcher vor allem von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Mineralien, Metallen und Dienstleistungsgütern (Transport und Telekommunikation) geprägt ist. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Implikationen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft in hohem Maße von internationaler finanzieller und militärischer Unterstützung abhängig sein wird. Bereits 2014 stand die Ukraine kurz vor dem Staatsbankrott. Eine zwischenzeitliche wirtschaftliche Stabilisierung kann die extremen Folgen des Krieges nicht abfedern.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,734 gilt die Ukraine als Land mit der Kategorie „hohe menschlicher Entwicklung“, liegt im regionalen Vergleich aber deutlich zurück. Zum Vergleich: Deutschland weist einen Wert von 0,950 auf, die Nachbarländer der Ukraine bspw. 0,821 (Russland), 0,827 (Rumänien), 0,881 (Polen), 0,801 (Belarus), 0,855 (Slowakei), 0,851 (Ungarn) – lediglich Moldawien liegt mit 0,763 leicht darunter. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit macht 2022 rund 16,9 % am Bruttonationaleinkommen aus. 2021 lag dieser Wert noch bei 1,15. Absolute Armut (weniger als 2,15 PPP-Dollar pro Tag) stellte im Jahr 2020 nur ein geringes Problem dar und auch die relative Armut (gemessen an der nationalen Armutsgrenze) war mit 1,6 % niedrig. Im Zuge des Krieges sollen die Erfolge der Armutsreduktion aber bereits um mehr als 15 Jahre zurückgeworfen worden sein. Der Anteil der Menschen die von weniger als 6,85 PPP-Dollar am Tag leben müssen, soll von 5,5 % auf 24,1 % gestiegen sein. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 9,8 % und die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre) mit 19,1 allerdings hoch. Der Gini-Index von 25,6 ist ausgesprochen niedrig, was auf eine sehr ausgeglichene Einkommensverteilung hinweist (Deutschland weist hier mit einem Wert von 31,7 bspw. eine deutlich weniger ausgeglichene Verteilung auf).

Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führt zu enormen wirtschaftlichen Verlusten. Aufgrund der Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen), der Zerstörung von Agrarproduktionsflächen und Industrieanlagen sowie der enormen Flucht und Abwanderung in andere Länder oder andere Landesteile der Ukraine ist die wirtschaftliche Lage desaströs. Die Ukraine weist bereits seit 1993 eine schrumpfende Bevölkerung auf – die Abwanderung sowie Übersterblichkeit nahm im Zuge des aktuellen Krieges jedoch enorm zu. 2022 schrumpfte die Bevölkerung der Ukraine, Weltbankdaten zufolge um 14,2 %.

Ohne weitere ökonomische Schocks prognostizierte die Weltbank bereits einen Wirtschaftseinbruch von 35 Prozent, welcher mit rund 28 % im Jahr 2022 auch annähernd erreicht wurde. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden unterschiedlich hoch beziffert. Eine Bedarfsanalyse der EU kam im Februar 2024 zu dem Schluss, dass der Wiederaufbau auf 486 Milliarden Euro kosten wird. Dieser wird ohne externe Hilfen daher nicht möglich sein.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hat zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. 2022 erreichte es mit einem Anstieg der Militärausgaben auf rund ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung einen weltweiten Rekordwert und belegte im [Globalen Militarisierungsindex](#) daher erstmals den ersten Platz. Im Jahr 2023 nahm die Ukraine ein weiteres Mal den ersten Platz im weltweiten Ranking ein.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

